REPORT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
FÜR POLITISCHE BILDUNG

POLIS

3 | 2014

Schwerpunkt
USA

Zeitung
Keine Werbung für Wehrdienst an Schulen.
Baden-Württemberg und Bundeswehr schließen
neue Vereinbarung

Fachbeiträge
Christoph Scherrer
Die post-hegemoniale USA?

Bernd Greiner
Angstunternehmer

Marlon Lieber
Sind die Vereinigten Staaten von Amerika post-racial?

Markus B. Siewert und Claudius Wagemann
Kein Vorbild mehr? Zur Krise der US-Demokratie

Didaktische Werkstatt
Julia Mertens
Der US-Wohfahrtsstaat im Unterricht

DVPB aktuell
Entwurf eines Positionspapiers der DVPB

7,40 € (D)/7,61 € (A)/11,40 CHF

WOCHEN
SCHAU
VERLAG

cover_POLIS_3-14.indd 1 03.09.2014 10:41:29

polis_3_14_003_003_003_003.qxd 10.09.2014 14:23 Seite 1

POLIS
Report der Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung

Heft 3/2014

Editorial

„Change“ und „Forward“ waren die zentralen Slogans in den beiden letzten US-Präsidentschaftswahlkämpfen, die Barack Obama gewinnen konnte. Damit weckte er im In- und Ausland Hoffnungen und Erwartungen. Allein seine außenpolitischen Verheißungen reichten aus, ihn nach nur neun Monaten Amtszeit mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen. Lässt sich von einer „Weltmacht im Wandel“ sprechen? Sind die USA tatsächlich dabei, sich neu zu formieren? Die Obama-Administration trat zu einer Zeit großer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme an: Die schwere Immobilien- und Finanzmarktkrise, die desaströsen Ergebnisse der Militäroperationen, die hohe Staatsverschuldung sowie die immer größer werdende soziale Ungleichheit und schließlich das Erstarken neuer globaler Akteure verunsicherten Politik und Gesellschaft in den USA zutiefst. Reformen und Wandel waren so letztlich auch aufgrund institutioneller Bedingungen und Restriktionen nur schwer möglich oder scheiterten gar. *Christoph Scherrer* befasst sich in seinem Beitrag mit der aktuellen weltpolitischen Stellung der USA und fragt danach, ob sich diese in den letzten Jahren verändert hat. Mit der Angst als Bestandteil der politischen Kultur, die dazu führt, dass National Security in den USA nicht erst seit „9/11“ für eine Art kollektiver Obsession steht, beschäftigt sich *Bernd Greiner*. Dass die USA trotz der Wahl des ersten schwarzen Präsidenten nicht post-rassistisch sind, zeigt *Marlon Lieber*, dessen Beitrag angesichts der Proteste in Ferguson eine traurige Aktualität erfährt. *Markus B. Siewert* und *Claudius Wagemann* fragen nach der Krise der US-Demokratie, und schließlich plädiert *Julia Mertens* im Rahmen der Didaktischen Werkstatt für die Behandlung des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaats im sozialwissenschaftlichen Unterricht.

Martina Tschirner

Zeitung

Keine Werbung für Wehrdienst an Schulen. Baden-Württemberg und Bundeswehr schließen neue Vereinbarung 4

USA

Fachbeiträge

Christoph Scherrer
Die post-hegemoniale USA? 8

Bernd Greiner
Angstunternehmer. Über einen besonderen Typus politischer Aktivisten in den USA 11

Marlon Lieber
Sind die Vereinigten Staaten von Amerika post-racial? 15

Markus B. Siewert und Claudius Wagemann
Kein Vorbild mehr? Zur Krise der US-Demokratie 18

Didaktische Werkstatt

Julia Mertens
Der US-Wohlfahrtsstaat im Unterricht 21

DVPB aktuell

Impuls
Entwurf eines Positionspapiers der DVPB 26

Termine 27

Berichte

Nordrhein-Westfalen: Landesverband kritisiert Situation der PolitiklehrerInnenausbildung für Berufskollegs 28

Thüringen: Landesverband bezieht Stellung zu geplanten Veränderungen der FachlehrerInnenausbildung 29

–: Feierliche Verleihung des Abiturpreises 29

–: Bericht zum diesjährigen Tag der Politikwissenschaft 30

Brandenburg: Bildungspolitik im Fokus: Plenumsdiskussion an der Universität Potsdam 30

Magazin

Rezensionen 32
Vorschau/Impressum 34

polis_3_14_004_007_015_018.qxd 10.09.2014 14:27 Seite 4

Keine Werbung für Wehrdienst an Schulen

Stuttgarter Kultusministerium schließt neue Vereinbarung mit der Bundeswehr

Stuttgart. Kultusminister Andreas Stoch: „Wir haben einvernehmlich mit der Bundeswehr kritische Punkte geregelt, damit die Ausgewogenheit bei der Vermittlung der sicherheits- und friedenspolitischen Bildung in den Schulen besser gewährleistet ist."

Kultusminister Andreas Stoch und Oberst Michael Kuhn vom Landeskommando Baden-Württemberg der Bundeswehr haben am 15. August 2014 eine neue Vereinbarung zur Zusammenarbeit beider Institutionen unterzeichnet; sie ersetzt die von der Vorgängerregierung 2009 geschlossene Kooperationsvereinbarung. Dies teilt das Kultusministerium Baden-Württemberg in den Sommerferien gegenüber der Presse mit.

In der neuen Vereinbarung wird nun stärker herausgestellt, dass die sicherheitspolitische Bildung in den Schulen unter Beteiligung der Jugendoffiziere der Bundeswehr ausgewogen angelegt sein muss und dass die Jugendoffiziere im Unterricht nicht für Tätigkeiten in der Bundeswehr werben dürfen. Zudem wird neu festgelegt, dass die Teilnahme angehender Lehrerinnen und Lehrer an Seminaren der Bundeswehr freiwillig ist. Die neue Vereinbarung verstärkt auch den Hinweis auf die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses als anerkannte Grundlage für die politische Bildungsarbeit. „Damit haben wir einvernehmlich mit der Bundeswehr kritische Punkte geregelt, damit die Ausgewogenheit bei der Vermittlung der sicherheits- und friedenspolitischen Bildung in den Schulen besser gewährleistet ist", sagte Stoch. Die neue Vereinbarung werde einerseits der verfassungsmäßigen Stellung der Bundeswehr gerecht. Andererseits sei die Kritik berücksichtigt, die es an der bisherigen Kooperation gegeben hat.

Stoch möchte darüber hinaus die in der Landesverfassung verankerte Friedensbildung in Schulen künftig weiter stärken. Dazu befindet sich das Kultusministerium derzeit im Austausch mit Verbänden, Organisationen und Institutionen aus diesem Bereich und wird ihnen eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung vorschlagen. „Wir wollen sicherstellen, dass sich Schülerinnen und Schüler ein umfassendes Bild von sicherheits- und friedenspolitischen Fragen machen können", sagte Kultusminister Andreas Stoch.

In letzter Zeit war es verstärkt wieder zu Auseinandersetzungen über den Einsatz von Jugendoffizieren in Schulen gekommen. So hatten noch 2013 zwei Schulen, die der Bundeswehr Auftritte und Werbeveranstaltungen im Unterricht untersagt hatten, den Aachener Friedenspreis erhalten. Ausgezeichnet wurden das Robert-Blum-Gymnasium in Berlin und die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach. Sie seien die ersten gewesen, die angesichts der verstärkten Werbung der Bundeswehr entsprechende Beschlüsse ihrer Schulkonferenzen gefasst hätten, teilte der Friedenspreis-Verein mit.

bildungsklick.15.08.14

Historisches Werbeplakat der Bundewehr aus dem Jahre 1960.
© Bundeministerium der Verteidigung

polis_3_14_004_007_015_018.qxd 10.09.2014 14:27 Seite 5

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) begrüßt die zusätzlichen Mittel für die politische Bildung

Berlin. Der Arbeitskreis, eine Dachorganisation unabhängiger Institutionen für politische Bildung und Jugendarbeit, freut sich gemeinsam mit den anderen bundesweiten Verbänden politischer Bildung über die vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seiner letzten Sitzung in Aussicht gestellten zusätzlichen Mittel für die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung und der freien Träger. Es sollen insgesamt weitere 10 Mio. Euro für Maßnahmen und Projekte der politischen Bildung in den Haushalt 2014 eingestellt werden.

Diese Entscheidung ist eine Anerkennung und Wertschätzung der bisherigen Arbeit. Sie ist gleichzeitig auch Ausdruck einer hohen Erwartung an eine innovative, qualifizierte und demokratiefördernde Bildungsarbeit. Der Herausforderung, diese außerplanmäßigen Mittel für eine wirkungsvolle Arbeit noch in diesem Jahr zu nutzen, stellen sich die im AdB zusammengeschlossenen Träger gern. Dennoch ist allen Beteiligten bewusst, wie wichtig eine strukturell verankerte, kontinuierliche und verlässliche Förderung politischer Bildung für die Entwicklung der Demokratie ist.

AdB, 23.06.2014

Mehrheit in der Schweiz für mehr politische Bildung an Schulen

Basel. Eine große Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich mehr politische Bildung an den Schulen. Das ist das Resultat einer Studie des Forschungsinstituts gfs.bern. So soll das Interesse an der Demokratie gesteigert werden.

Drei Viertel der Stimmberechtigten wollen das Interesse für die Politik mit besserer Ausbildung der Bevölkerung an den Schulen steigern. 41 Prozent der von gfs.bern Befragten befürworten diesen Vorschlag gar voll und ganz. Damit stehe diese Idee deutlich vor anderen vorgeschlagenen Reformen für die Schweizer Innenpolitik, schreiben die Autoren der Anfang August veröffentlichten Studie.

Ein solcher Polit-Unterricht muss gemäß Umfrage praxisnah und politisch neutral sein. Er soll die Lust an Politik fördern und etwa Diskussionen über anstehende Abstimmungen umfassen. Nur 28 Prozent der Befragten befanden, politische Bildung sei Sache der Eltern. Für 70 Prozent hatte die politische Bildung den gleichen Stellenwert wie das Fach Mathematik.

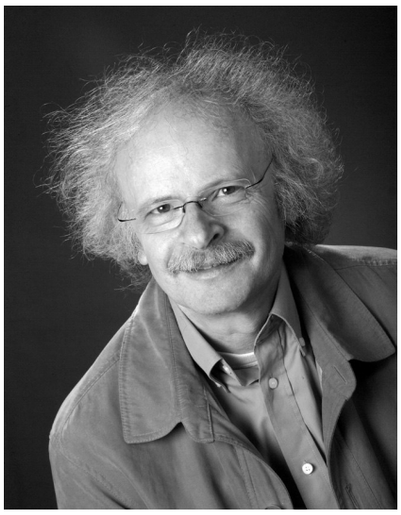
Die Forscher schlagen deshalb vor, dass ab der 7. Klasse die politische Bildung in der Schule einen festen Platz erhält. Es solle eine entsprechende Offensive gestartet werden. Um das politische Interesse von Jugendlichen zu stärken, müssten auch elektronische und soziale Medien verstärkt eingesetzt werden.

Das Forschungsinstitut gfs.bern hatte im Rahmen der Studie „Bausteine zur Stärkung des Schweizer Politsystems“ zwischen dem 12. und dem 18. Mai in der ganzen Schweiz 1011 Personen über Telefon befragt. Die Politikforscher erstellten die Studie im Auftrag der Bank Julius Bär.

Den vollständigen Text der Studie findet man unter: http://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/reformbausteine-schweizer-politsystem-5066.

Tageswoche, Basel, 4.8.2014

Klaus-Peter Hufer feiert 65. Geburtstag



Kempen. Der POLIS-Redakteur Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer wurde im März diesen Jahres 65. Anfang Juni fand in seiner Heimatstadt Kempen am Niederrhein zu seinen Ehren ein Symposium zur Frage „Was man können oder wissen muss, wenn man in der politischen Bildung arbeitet“, statt. An der Kreisvolkshochschule Viersen hatte der aus Hessen stammende Jubilar seine Arbeit als Leiter des Fachbereichs Politische Bildung bereits 1976 begonnen. Jetzt versprach der in Theorie wie Praxis Politischer Erwachsenenbildung gleichermaßen ausgewiesene Experte, auch als Rentner weiterhin aktiv und unbequem zu bleiben.

Das vielseitige Spektrum seiner Lehrveranstaltungen reicht von Kursen in der Justizvollzugsanstalt Willich-Anrath, über gesellschaftswissenschaftlichen Fachunterricht in abschlussbezogenen Lehrgängen und regelmäßige Philosophiekurse für Erwachsene bis zu erwachsenenpädagogischen Fortbildungsangeboten sowie wissenschaftlicher Lehre an Hochschulen. 2001 hatte er sich an der Universität Duisburg-Essen habilitiert; aber nicht nur dort lehrte er seitdem, sondern Lehraufträge führten ihn auch an die Fachhochschule Niederrhein, die Universität Bochum, die Universität Gießen etc.

Seine Veröffentlichungen, die eine Liste von zwei Dutzend Seiten füllen würde, haben ihre Schwerpunkte neben der Politischen Erwachsenenbildung in den Bereichen Rechtsextremismus, Professionalisierung, kritische und emanzipatorische Politikdidaktik sowie Philosophie der politischen Bildung. Unter seinen Büchern ragt das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ aus dem Jahre 2000 heraus, das inzwischen in 8. Auflage vorliegt. Hier kommt sein engagierter Einsatz für den öffentlichen Vernunftgebrauch vor Ort besonders prägnant zum Ausdruck. Den Philosophen Oskar Negt hat dies zu dem Urteil veranlasst. „Lieber Klaus-Peter …, du bist ein großer Aufklärer.“ Nachzulesen in der gerade erschienen Hufer-Festschrift: Grenzgänge. Traditionslinien und Spannungsfelder in der politischen Bildung, herausgegeben von Tim Engartner und Jens Korfkamp, Schwalbach/Ts. 2014.

vO

polis_3_14_004_007_015_018.qxd 10.09.2014 14:27 Seite 6

Das zieht einem ja die Schuhe aus! Eine kleine Rednerin richtet das Wort an die mitspielenden Grundschüler/innen im Rahmen des Planspiels Felddorf, das vom Göttinger Instituts für Demokratieforschung entwickelt worden ist. Das Institut hat nicht nur Unterrichtsmaterialien zur Demokratieerziehung herausgegeben, sondern jetzt auch die fundierte Auswertung seines Projekts „Göttinger Kinderdemokratie" vorgelegt: Yvonne Blöcker / Nina Hölscher (Hg.): Kinder und Demokratie. Schwalbach/Ts. 2014."

© Göttinger Institut für Demokratieforschung

Anfrage zum Lobbyismus

Berlin. Immer mehr Wirtschafts- und Finanzverbände, Privatunternehmen und andere Lobbygruppen bestimmen die Unterrichtsinhalte in den Schulen. Sie publizieren nicht nur Standards für die „Ökonomische Bildung" und unterbreiten den Schulen Fortbildungsangebote, sondern veranstalten auch interessengeleitete Projekte und Schulwettbewerbe, schreibt Die Linke in ihrer Kleinen Anfrage im Bundestag (18/229. http://dip.bundestag.de/btd/18/022/1802297.pdf). Die Fraktion will wissen, wie viel für Schulen bestimmtes Unterrichtsmaterial seit 2010 welchen Bundesministerien zur Prüfung und Weiterempfehlung zugeleitet wurde, wie viel davon wirklich überprüft wurde, nach welchen Kriterien durch welche Stelle entschieden wird und welche der genannten Materialien für den Gebrauch im Unterricht empfohlen werden und welche nicht.

Tim Diehl: Wir bekämpfen Feuer mit Feuer!

Rheinland-Pfälzischen Schülern wird politische Bildung weiterhin vorenthalten … oder doch nicht?

Sie als Leser dieser Zeitschrift wissen sicher genau, wovon ich rede, wenn ich von Unterhaltungen berichte, in denen es um folgende Inhalte geht: Nein, Erst- und Zweitstimme sind nicht dafür da, seine beiden „Lieblingsparteien" zu wählen. Nein, der Europarat und der Europäische Rat sind nicht dasselbe…

Besonders schlimm sind solche Dialoge, wenn sie mit rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schülern (SuS) geführt werden, die gerade frisch das Abitur absolviert haben – erstens sind sie in der Regel Erstwähler und freuen sich deshalb auf ihre demokratischen Mitwirkungsrechte und zweitens liegt ihr Politikunterricht erst ein paar Tage zurück. Moment, … schauen wir uns die beiden Behauptungen etwas genauer an:

Zu 1.: Laut der Shell-Jugendstudie von 2010 sind gerade einmal 33% der Jugendlichen zwischen 15 und 17 politisch interessiert. Zum Glück wird diesem mangelnden politischen Interesse, das für eine Demokratie mehr als schädlich ist, durch Politikunterricht entgegengewirkt, oder?

Zu 2.: Hat man in Rheinland-Pfalz (RLP) beispielsweise Erdkunde als Leistungskurs gewählt, entfällt jeglicher Politikunterricht in der Oberstufe vollkommen.

Nun gut, könnte man denken, die kognitiven und emotionalen Grundlagen unseres Demokratieverständnisses werden sicherlich bereits viel früher gelegt. Eine Erziehung hin zur Demokratie kann ja nicht erst in der Oberstufe beginnen.

Aber da muss ich Sie leider enttäuschen: Die rheinland-pfälzische Stundentafel der Sekundarstufe I sieht 16 Unterrichtsstunden im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich vor – 7 davon für Geschichte, 6 für Erdkunde und die verbleibenden 3 für Sozialkunde, beginnend mit der Jahrgangsstufe 9.

Diese drei Stunden sollen laut Lehrplan die Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, das deutsche Rechtssystem, den korrekten Umgang mit Medien und Grundlagen der Soziologie erklären sowie nicht nur in politische Basisthemen einführen, sondern diese auch so vermitteln, dass er notfalls ohne weiteren Politikunterricht in der Oberstufe weiß, wie er wählt und seine Grundrechte wahrnehmen kann.

Der Politikverdrossenheit der Jugendlichen in RLP wird somit mit wenig Politikunterricht begegnet – es wird also „Feuer mit Feuer bekämpft"; eine Metapher, die beschreibt, wie gefährlich der eingeschlagene Kurs für unser politisches System ist.

Im Bewusstsein dieses Problems habe ich im Juni 2014 eine Petition an den Bürgerbeauftragten des rheinland-pfälzischen Landtags gesendet und darin die genannte Situation erläutert. Nach Ende der Mitzeichnungsfrist bekam ich eine Antwort. Das Ministerium für Bildung beschrieb mir darin, dass politisches Verständnis nicht rein kognitiv, sondern vor allem durch außerunterrichtliche Projekte und eine Vernetzung mit den anderen Gesellschaftswissenschaften gelingen könne. Eine Vernetzung mit Erdkunde und Geschichte, wenn Sozialkunde erst in der 9 und Erdkunde schon in der 5 unterrichtet wird? Es wird also vernetzt, ohne das dritte zu vernetzende Fach zu haben? Interessant! Und wie sollen die außerunterrichtlichen Projekte einen nennenswerten Lernzuwachs bei den Jugendlichen erzeugen, wenn ihnen die Wissensbasis fehlt, die absolut essentiell für optimalen Lernzuwachs ist? Diese von mir geäußerten Bedenken wurden in einem weiteren Antwortbrief lapidar mit der Behauptung abgetan, der aktuelle Fächerkanon in RLP sei „sorgfältig austariert (…), sodass der gesamte Fächerkanon angemessen Berücksichtigung findet."

Aha? Lassen wir das vor dem Hintergrund des oben Aufgeführten einfach einmal so stehen, zumal man eine Begründung in dem Schreiben vergeblich sucht. Immerhin wurde mir in selbigem Schriftstück versprochen, dass „bei einer künftigen Überarbeitung der Stundentafel die Möglichkeit einer Umverteilung zugunsten des Fachs Sozialkunde (…) geprüft" werde – nun ja, die Hoffnung stirbt zuletzt.

Der Autor ist Studienrat z.A. im Kirchendienst am Evangelischen Gymnasium Bad Marienberg mit den Fächern Geschichte und Sozialkunde.
t.diehl@ev-gymnasium.de

polis_3_14_004_007_015_018.qxd 10.09.2014 14:27 Seite 7

Grundlegende Bestandsaufnahme zum Politikunterricht an berufsbildenden Schulen vorgelegt

Dresden. Die Politische Bildung an berufsbildenden Schulen führt immer schon eine Art Schattendasein in der Politikdidaktik (siehe auch die Besprechung einer weiteren Veröffentlichung in diesem Heft auf den Seiten 33/34). Diese thematische Randständigkeit ist angesichts der quantitativen Bedeutung dieses Unterrichtsgebietes kaum verständlich: Der von Prof.'in Anja Besand von der Technischen Universität Dresden publizierte „Monitor" macht deutlich, dass die berufsbildenden Schulen in Deutschland mit mehr als 2,5 Millionen Schülerinnen und Schülern die größte weiterführende Schulart sind; in ihr wird in der Bundesrepublik in jedem Bildungsgang Pflichtunterricht politischer Bildung angeboten.

Mit der Bereichsanalyse, die Anja Besand zusammen mit ihrem Team Viola Schmidt und Julia Bauer an der Technischen Universität Dresden erarbeitet hat, liegt für Deutschland eine breit angelegte, wissenschaftlich fundierte und didaktisch äußerst anregende Untersuchung vor, die in der weiteren Diskussion um die Gestaltung und den Stellenwert politischer Bildung an berufsbildenden Schulen noch eine wichtige Rolle spielen wird. Die Untersuchung wurde von der Robert-Bosch-Stiftung finanziert und beruht methodisch in Ihrem Kern auf einer ausführlichen Befragung von 153 pädagogischen Experten aus dem Feld. Darüber hinaus ist ein umfangreiches Datenmaterial über Ressourcen, Interessen, Probleme und Positionen informativ aufbereitet worden. Der Monitor hebt das Potential für politische Bildungsprozesse in der schulischen Berufsbildung hervor und benennt überzeugend und konstruktiv Ansatzpunkte für ihre Weiterentwicklung.

Anja Besand: Monitor Politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven (Reihe Politik und Bildung – Band 75). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2014, 236 Seiten. 22,80 Euro

vO

Feuilletonstreit: Geht es mit der Politischen Bildung der Jugend bergab?

Berlin. Unter dem Titel „Werden wir alle doof" hat ein Beitrag der Tageszeitung DIE WELT vom 17. August heftige Gegenreaktionen ausgelöst. Der Kolumnist Reinhard Moor hatte über die historischen und politischen Kenntnisse Jugendlicher geschrieben: „Hitler, Stalin, Kennedy, Ulbricht und Co. – es geht wild durcheinander, wenn junge Leute nach Personen und Ereignissen der Zeitgeschichte gefragt werden. Das zeigen Studien der vergangenen Jahre wie die des Forschungsverbunds SED-Staat an der FU Berlin unter dem Titel ‚Später Sieg der Diktaturen?' Selbst der prinzipielle Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur ist etwa 40 Prozent der Jugendlichen nicht bekannt. […] Und was geschah am 13. August 1961? Rund die Hälfte der Deutschen kann diese Frage nicht beantworten, pünktlich zum 25-jährigen Jubiläum des Mauerfalls. Das ergab eine aktuelle Umfrage von infratest dimap. Bei den unter 30-Jährigen konnten sogar nur 32 Prozent das historische Ereignis richtig einordnen. Der Bildungsnotstand erfasst alle Schichten der Gesellschaft."

Zustimmend zitiert der WELT-Autor dann: „Klaus Schroeder, Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat an der FU Berlin, resümiert: ‚Die Schule ist der zentrale Ort gesellschaftlicher Wissensvermittlung. Was hier versäumt wird, ist nicht wiedergutzumachen.' Zuweilen müsse eben auch im Widerspruch zum desinteressierten Elternhaus gehandelt werden." Der Wissensstand bei Migrantenjugendlichen sei besonders schlecht. Mohr führt als Beleg die Aussage eines in Berlin-Neukölln tätigen Sozialarbeiters an „Alles was wir Allgemeinbildung nennen, ist eine einzige Katastrophe."

Sebastian Christ in der HUFFINGTON POST ebenfalls vom 17. August hält das für Kulturpessimismus: „Mohrs zentrale Kritik: Ohne fundierte politische Bildung ist die Demokratie gefährdet. Einen Beleg dafür, dass es damit wirklich bergab geht, bleibt er schuldig. Wussten die jungen Deutschen vor 60 Jahren mehr über die Funktionsweise von Bundestag und Bundesrat? Oder vor 25 Jahren mehr über die Funktionsweise des Bundesverfassungsgerichtes? Man ahnt es – den Nachweis für den Verfall deutscher Oberstübchen zu führen wäre etwa so einfach wie einen Pudding an die Wand zu nageln. By the way: Die Bundeszentrale für Politische Bildung wurde in den 50er-Jahren bestimmt auch nicht aus Zeitvertreib gegründet."

Im Internetblog CARTA vom 18. August (http://www.carta.info/74016/) wendet sich auch Torsten Labig gegen die einseitigen Schuldzuschreibungen an Lehrer/innen und Schulen und verweist auf die Theorie von Jan Assmann: „Erinnerung ist immer eine kulturell geformte Erinnerung. […] Erinnerung und somit die Verfügbarkeit von kollektivem Wissen einer Gesellschaft, das die grundlegenden Werte dieser Gesellschaft von Generation zu Generation weitergibt, ist Arbeit. Diese Arbeit wird heute kaum noch geleistet. Dass in den Schulen die Vermittlung nicht gelingt, liegt oft nicht an den Bemühungen der Schulen, sondern ist ein Resultat der mangelnden Verortung dessen, was in der Schule gelehrt wird, in der gesamtgesellschaftlichen Praxis. […] Reinhard Mohr greift empirische Daten auf und verbindet diese mit Klischees und Vorurteilen. Wenn Intellektuelle in Deutschland so gearbeitet haben, hat dies allzu oft überhaupt erst zu Dummheit mit tödlichen Folgen geführt. Dummheit meint hier, dass scheinbare Fakten wenig differenziert und dafür äußerst einseitig popularisiert werden. Die zugrunde liegenden Zusammenhänge aber werden, bewusst oder unbewusst, ausgeblendet."

vO

polis_3_14_008-010_Meueler.qxd 01.09.2014 15:31 Seite 8

Die post-hegemoniale USA?

von *Christoph Scherrer*

Prof. Dr. Christoph Scherrer leitet das Fachgebiet „Globalisierung und Politik" am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel.

Die Wahrnehmung der weltpolitischen Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) unterlag in den letzten Jahrzehnten raschen Stimmungsumschwüngen. Angesichts des Zerfalls der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre, dem Wirtschaftsaufschwung unter Präsident Clinton und der raschen Zerschlagung des Taliban-Regimes in Afghanistan und des Bath-Regimes im Irak, konnte in der Tat der Eindruck entstehen, dass die USA allein die großen Linien der Weltpolitik vorgeben könnten. Nachdem nun die USA 2008 selbst von einer tiefgreifenden Finanzkrise erfasst wurden, der Aufbau Afghanistans und des Iraks als wirtschaftlich stabile und demokratische Gesellschaften als gescheitert angesehen werden muss, und Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien, trotz Weltwirtschaftskrise ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum vorzuweisen haben, scheint die Macht der USA mächtig geschrumpft zu sein. Doch kann sich die Stellung einer Weltmacht, die über Jahrzehnte gereift ist, innerhalb weniger Jahre und ohne Weltkrieg, so schnell ändern?

In diesem Beitrag vertrete ich die These, dass der US-amerikanische Nationalstaat zwar noch weiterhin global hegemonial ist, allerdings verschränkt mit der Hegemonie einer emergenten internationalen Bourgeoisie. Die inhaltliche Füllung des Begriffs Hegemonie entnehme ich den Werken von Antonio Gramsci.

Verschränkte Hegemonie

Die Schulen im Feld der internationalen Beziehungen füllen den Begriff Hegemonie recht unterschiedlich. Hier soll die gramscianische Belegung des Begriffs benutzt werden, sprich Hegemonie wird dann ausgeübt, wenn es gelungen ist, partikulare Interessen weitgehend zu universalisieren und mit staatlicher Gewalt zu panzern. Die Betonung liegt hier auf weitgehend, da Antonio Gramsci einen Herrschaftszustand nicht erst dann als hegemonial bezeichnet hat, wenn alle diese Herrschaft für legitim halten und ihr zustimmen. Die Gegner können innerhalb oder außerhalb der nationalen Gesellschaft verortet werden.

Gramsci verwendete den Begriff Hegemonie allerdings nicht primär für zwischenstaatliche Verhältnisse, sondern für innergesellschaftliche. Ihn interessierten die Prozesse der Hegemonialwerdung einer gesellschaftlichen Klasse. Robert Cox, der Gramsci für die Analyse der internationalen politischen Ökonomie fruchtbar gemacht hat, verbindet die gesellschaftliche mit der zwischenstaatlichen Ebene, indem er aufzeigt, dass die Hegemonie eines Staates gegenüber anderen Staaten auf der Hegemonie einer gesellschaftlichen Klasse innerhalb dieses Staates beruht (Cox 1987). Für die USA ist dies die Bourgeoisie als Sammelbegriff für die Geldvermögensbesitzer sowie die Eigentü-

polis_3_14_008-010_Meueler.qxd 01.09.2014 15:31 Seite 9

mer und Manager von Unternehmen, wobei die international orientierten Kapitalfraktionen unter ihnen führend sind. Letztere spielte zudem eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung einer internationalen Bourgeoisie (Gill 1990). Es ist nun meine These, dass es im Zuge der Verallgemeinerung neoliberaler Ideen und Praktiken zu einer Verschränkung der Interessen der hegemonialen Bourgeoisie in den USA, und damit entsprechend den Projekten des US-amerikanischen Staates mit den Interessen internationalisierter Kapitalgruppen in anderen Ländern kam.

Die Verschränkung der nationalstaatlichen mit der klassenbasierten Hegemonie im Weltmaßstab fußt auf der Open-Door-Tradition der USA, deren „nicht-territorialer" Imperialismus (Apeldoorn und Graaff 2012, S. 596) bei der Öffnung fremder Märkte die Interessen der Kapitalgruppen anderer Zentren mitberücksichtigt. Dies beinhaltet insbesondere, dass der Zugang zu Ressourcen gemäß dem Kriterium Kaufkraft (und nicht politische Monopolisierung) gesichert wird. Wenngleich die US-Regierungen vom Ideal der Open Door immer wieder abweichen und den eigenen Kapitalgruppen Vergünstigungen zuschanzen, die den fremden Kapitalien nicht offen stehen, so sind sie im Schnitt nicht allzu sehr von diesem Ideal entfernt (Stokes und Raphael 2010). Umgekehrt gilt, dass ohne Zugang zu den Ressourcen des US-amerikanischen Staates, hier insbesondere das Militär und die Steuerkraft, das Projekt dieser emergenten internationalen Bourgeoisie insbesondere hinsichtlich der Sicherung der privaten Eigentumsordnung nicht denkbar ist.

Klassische Dimensionen der Vormachtstellung der USA

Gemessen am propagandistischen Ziel, Afghanistan und den Irak zu wirtschaftlich starken Demokratien zu entwickeln, hat das US-amerikanische Militär versagt. Gleichwohl bewies es seine Fähigkeit, im weitentfernten, schwierigen Gelände militärische Siege zu erringen. Zudem verschaffte es sich Präsenz direkt an der Südflanke Russlands und der Westflanke Chinas. Die Kosten für diese globale Präsenz sind enorm, doch im historischen Vergleich gering: weniger als 4 % des Bruttoinlandsproduktes. Vorherige Imperien sollen deutlich mehr als 10 % ihrer Wirtschaftsleistung für die militärische Bereitschaft ausgegeben haben (Kennedy 1987).

Viele Kommentatoren sehen in den hohen Außenhandelsdefiziten und Schulden der USA Zeichen des Niedergangs ihrer Vormachtstellung (Calleo 2009). Beide Entwicklungen können aber auch als Zeichen der Stärke bewertet werden. Gerade aufgrund der Vormachtstellung können es sich die US-Wirtschaftssubjekte leisten, über ihre Verhältnisse zu leben. Dazu trägt die Stellung des US-Dollars als Weltgeld bei, denn dies erlaubt es den US-Wirtschaftssubjekten, sich in der eigenen Währung zu verschulden. China, Deutschland und Japan, deren Wirtschaftssubjekte die größten Gläubiger der USA sind, können an einer Ablösung des US-Dollars als Leitwährung kaum Interesse haben. Eine beschleunigte Schwächung des US-Dollars entwertet ihren bisherigen Forderungsbestand und gefährdet einen der wichtigsten Absatzmärkte.

Das Handelsdefizit wird gleichfalls als Zeichen industrieller Schwäche gewertet. Die De-Industrialisierung der USA ist nicht zu übersehen. Doch die hohen Wertschöpfungsanteile der globalen Produktionsnetzwerke befinden sich vornehmlich in den USA. Der Anteil der wissens- und technologiebasierten Branchen am Bruttoinlandsprodukt liegt in den USA mit 40 % deutlich über dem der EU und Japans mit 32 % und 30 % (NSB 2012: Kap. 6). Auf wichtigen Märkten der Elektronik verfügen US-amerikanische Firmen quasi über eine Monopolstellung, die ihnen traumhafte Umsatzrenditen zwischen 15 % und 33 % verschafft. Die deutschen Firmen unter den Global 500 des Fortune Magazins erzielten 2012 im Durchschnitt nur eine Umsatzrendite von 4,4 % (eigene Berechnung). Die US-Banken dominieren die lukrativen, komplexeren Finanztransaktionen.

Kulturelle Hegemonie wird insbesondere aus der liberalen (idealistischen) Tradition der internationalen Beziehungen unter dem Begriff weiche Macht als ein wesentliches Element der US-Hegemonie in der Nachkriegszeit im Westen angesehen. Die Dimensionen der kulturellen Hegemonie umfassen Einstellungen zum Konsum, zur Wirtschaftsordnung und zum politischen System. Auf diesen Gebieten sind in den USA verbreitete Einstellungen nach dem Zerfall der Sowjetunion weit gehend universalisiert worden. Demokratische Wahlen werden formal heute in wesentlich mehr Ländern abgehalten als zur Zeit des Kalten Krieges. Kulturelle Einflussnahme erfolgt vornehmlich über Medien. Die ersten fünf Plätze der weltgrößten Medienkonzerne werden von US-amerikanischen Firmen besetzt. Der jüngste Trendsetter ist Facebook.

Die USA als Hort des globalen Kapitals

Die Vormachtstellung der USA ist somit weiterhin gegeben. Doch sind sie auch hegemonial im Sinne, dass sie die Interessen verbündeter Akteure berücksichtigen und somit Zustimmung zu ihren Weltordnungsprojekten erfahren?

Seit den siebziger Jahren sind die USA Vorreiter des neoliberalen Projektes. Ein zentraler Bestandteil dieses Projektes ist die Stärkung der Rechte der Kapitaleigner und des Privateigentums schlechthin. Konkret bedeutete dies eine Schwächung der organisierten Arbeiterschaft und anderer zivilgesellschaftlicher Kräfte, wie Verbraucher- und Umweltorganisationen, die ein Stakeholder- anstelle eines Shareholderverständnisses von Eigentum haben. Diesen Prozess belege ich mit dem Begriff Prekarisierung (Castel und Dörre 2009). Dies ging einher mit einer Stärkung wirtschaftlicher Subjekte und Körperschaften gegenüber Staaten bei grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten (Globalisierung) und der Stärkung der Rechte von Geldvermögensbesitzern und Finanzintermediatoren (Finanzialisierung). Da alle drei Prozesse auf Widerstand stießen, fand zudem ein Ausbau der privaten und staatlichen Sicherheitsapparate nach innen und nach außen statt (Militarisierung).

Während das neoliberale Projekt von der US-Regierung gemeinsam mit der konservativen Regierung Großbritanniens und der deutschen Bundesbank vor-

polis_3_14_008-010_Meueler.qxd 01.09.2014 15:31 Seite 10

angetrieben wurde, stammen sowohl die Vordenker dieses Projektes als auch die zentralen Akteure seiner Umsetzung aus den Netzwerken der transatlantischen Kapitalfraktionen, deren Knotenpunkte sich MontPelerin Gesellschaft, Bilderberg, Trilateral Commission, Business Roundtable etc. nennen (Mirowski und Plehwe 2009).

Diese Netzwerke, die im Lauf der Zeit den Kreis der Mitglieder auf Kapitalgruppen und ihren organischen Intellektuellen jenseits des nordatlantischen Raums ausgedehnt haben und als emergente internationale Bourgeoisie gelten kann (Carroll und Sapinski 2010), unterstützten die US-Regierung in ihrem Bemühen, andere Länder von der Notwendigkeit zur Hinwendung zur Prekarisierung, Globalisierung, Finanzialisierung und Militarisierung zu überzeugen. Mit Ausnahme der Militarisierung finden diese Prozesse Unterstützung sowohl in den reichen OECD-Staaten als auch in den aufstrebenden Mächte, den so genannten BRICs: Brasilien, Russland, Indien und China (Scherrer 2013).

Die Militärstrategie der USA wird von den Kapitaleliten und verbündeten Regierungen kontrovers diskutiert, wobei der Anspruch auf eine weltweite Präsenz nicht in Frage gestellt wird. Vielmehr stehen eher taktische Fragen im Vordergrund, bspw. in welcher Form und mit welchen Bündnispartnern militärisch interveniert werden soll.

In den BRIC-Staaten herrscht jedoch deutlich weniger Zustimmung zur US-Militärstrategie. Am deutlichsten wird Widerspruch von den in der Tradition der sozialistischen Staaten stehenden Ländern geäußert. Sowohl die russischen als auch die chinesischen Streitkräfte überlebten den Systemwandel ihrer Länder weit gehend intakt, entsprechend hat sich ihr Feindbild wenig geändert. Die Ausdehnung der NATO auf die östlichen EU-Staaten und die Unterstützung ukrainischer Nationalstaatlichkeit haben das Feindbild aufgefrischt. Die chinesische Regierung steht im Dauerkonflikt zu den USA über Taiwan. Zudem zeigen Konflikte mit Japan und Vietnam um Inseln im chinesischen Meer, dass das chinesische Militär seine Einflusszone erweitern möchte. Gleichwohl ist es der chinesischen Regierung bewusst, dass ihre Wirtschaftsstrategie, die einerseits auf den Zufluss von Ressourcen aus aller Welt und andererseits auf weltweite Absatzmärkte setzt, auf die globale Reichweite des US-Militärs angewiesen ist (Koller 2011). Indien hat sich in den letzten Jahrzehnten gegenüber den USA nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch geöffnet (Ayres und Mohan 2009). Brasilien hingegen hat unter der Lula-Regierung auf ein Zurückdrängen der militärischen Präsenz der USA in Lateinamerika hingewirkt und auch den Feldzug gegen den Irak kritisiert. Gleichwohl wird insbesondere unter den lateinamerikanischen Kapitaleliten die weltweite US Präsenz nicht infrage gestellt (Cammack 2005). Somit eint alle BRIC-Staaten sowohl der Wunsch nach einem Rückzug der USA aus ihrer unmittelbaren Nachbarschaft als auch die Anerkennung der Notwendigkeit, die Weltwirtschaft gegen gewaltsame Störungen abzusichern.

Fazit

Die Analyse der internationalen Stellung der USA anhand klassischer Machtdimensionen ergibt, dass sie derzeit signifikant mächtiger als andere Nationen sind. Der Abstand dürfte hinsichtlich der Militärmacht am größten sein, zumal den USA kein feindliches Militärbündnis gegenübersteht. Ihr wirtschaftlicher Vorsprung ist deutlich geschrumpft, insbesondere im Vergleich zur außergewöhnlichen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn auch die industrielle Basis geschrumpft ist, so liegt die Technologie-, Finanz- und Markenführung in vielen Wertschöpfungsketten bei US-Kapitalgruppen, was sich in einer besonders hohen Profitabilität niederschlägt. Marktorientierte und liberaldemokratische Einstellungen, für die die USA stehen, sind heute weiterverbreitet als je zuvor. Als Vormachtnation sind die USA kein Vorbild für multilaterales Verhalten, eher tonangebend bzw. blockierend in den internationalen Regimen.

Die US-Vormachtstellung findet durchaus Zustimmung in vielen Staaten, wohl vor allem deshalb, weil sie nicht ausschließlich zum Nutzen der US-Bürger eingesetzt wird, sondern zur Sicherung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, zur Stärkung der Rechte der Kapitaleigner und der Geldvermögensbesitzer. Dieses Projekt einer emergenten internationalen Bourgeoisie wird nicht allein, aber doch zentral mithilfe der geschilderten Machtressourcen der USA weltweit verfolgt. In Abwesenheit eines Weltstaates ist der US-Staat nicht nur das verdichtete Verhältnis seiner innergesellschaftlichen Kräftekonstellation, sondern zudem ein zentraler Magnet auf dem Feld der Global Governance, welches von staatlichen und wirtschaftlichen Eliten hegemonial durchdrungen wird. Insofern besteht derzeit eine verschränkte Hegemonie von US-amerikanischem Nationalstaat und der emergenten internationalen Bourgeoisie. Wie lange sie andauern wird, ist eine Frage, die nur durch Spekulation beantwortet werden kann. ◆

Literatur

Ayres, A./Mohan, R.C. (Hg.): Power Realignments in Asia: China, India and the United States. New Dehli 2009.

Calleo, D.: Follies of Power: America's Unipolar Fantasy. Cambridge 2009.

Cammack, P: 'Signs of the Times': Capitalism, Competitiveness, and the New Face of Empire in Latin America. In: L. Panitch/C. Leys (Hg.): Socialist Register 2005: The Empire Reloaded (S. 256–270), London 2005.

Carroll, W. K./Sapinski, J.: The global corporate elite and the transnational policy-planning network, 1996–2006: A structural analysis. International Sociology, 25(4), 2010, S. 501–538.

Castel, R./Dörre, K.: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung – Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/M. 2009.

Cox, R. W.: Power, Production, and World Order. New York 1987.

Gill, S.: American Hegemony and the Trilateral Commission. Cambridge 1990.

Kennedy, P.: The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500–2000. New York 1987.

Mirowski, P./Plehwe, D. (Hg.): The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge/Mass. 2009.

NSB (National Service Board): Science and Engineering Indicators 2012. Arlington, VA. 2012.

Scherrer, C.: Die Post-hegemoniale USA?, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 6(1), 2013, S. 89–107.

Stokes, D./Raphael, S.: Global Energy Security and American Hegemony. Baltimore 2010.

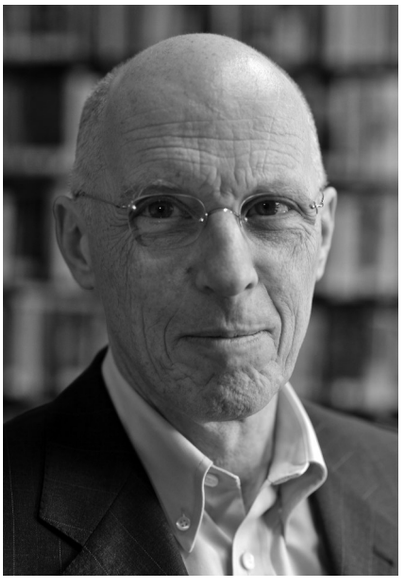
Van Apeldoorn, B./de Graaff, N.: The Limits of Open Door Imperialism and the US State-Capital Nexus. Globalizations, 9(4), 2012, S. 593–608.

polis_3_14_011-014_Meueler.qxd 10.09.2014 14:29 Seite 11

Angstunternehmer

Über einen besonderen Typus politischer Aktivisten in den USA

von *Bernd Greiner*



Prof. Dr. Bernd Greiner ist Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) und lehrt Zeitgeschichte an der Universität Hamburg.

Foto: Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Sobald „Nationale Sicherheit" auf der Agenda steht, gelten in den USA eigene Regeln. Auf diesem Terrain treten Parteien, Kongress und Wähler seit den frühen Tagen der Republik in eine Art Überbietungswettbewerb ein: Je mehr Geld investiert wird, je größer die Behörden und Institutionen und je schärfer das Vokabular, desto besser. Selbst für eingefleischte Republikaner, die ansonsten mit ihrer Staatsskepsis kokettieren, kann der „National Security State" gar nicht stark und abwehrbereit genug sein. Wer als Meinungsforscher nach dem Vertrauen in Geheimdienste und Militär oder nach der Legitimität geheimdienstlicher Praktiken fragt, notiert regelmäßig Zustimmungsquoten von weit über 50 Prozent. Politiker, die in Sicherheitsfragen auch nur den Eindruck von Schwäche erwecken, haben gemeinhin verspielt.

Dass die Gewährleistung von Sicherheit zur raison d'être eines jeden Staates gehört, ist ein naheliegender, aber gleichwohl an der Pointe vorbeizielender Einwand. Denn im amerikanischen Fall steht „National Security" für eine Art kollektiver Obsession. Für ein Denken und Fühlen nämlich, das keinen Unterschied zwischen Innen und Außen macht, das äußere und innere Feinde in einem überdimensionierten Tableau der Bedrohung wie Gleich und Gleich nebeneinanderstellt – genauer gesagt: amalgamiert. In dieser Vorstellungswelt sind ausländische Feinde von Haus aus viel zu schwach, um dem starken Amerika etwas anhaben zu können; bedrohlich werden sie erst, wenn Amerika im Inneren Schwäche zeigt, wenn es unentschlossen auftritt, wenn Unzuverlässige Verwirrung stiften, sich dem Feind als Helfershelfer anbieten oder gar zu ihm überlaufen. 1798 in den „Alien and Sedition Acts" erstmals aktenkundig, gehört die Phobie vor dem Feind im Inneren seither zum festen Bestandteil des politischen Lebens in den USA. Mitunter verdichtete sich das Misstrauen gegen die eigene Bevölkerung zu regelrechten Hysterien, die in den 1920er Jahren als „Red Scare" oder im frühen Kalten Krieg als „McCarthyismus" bekannt geworden sind. Die Exzesse dauerten nur wenige Jahre, das Grundrauschen indes blieb. Es konserviert verlässlich die vorauseilende Legitimation eines Staates, der den Schutz des Einzelnen vom Generalverdacht gegen Alle abhängig macht.

Eine „Kultur der Angst"

Von einer angstbesetzten politischen Kultur zu sprechen, überrascht auf den ersten Blick – steht diese Behauptung doch scheinbar im diametralen Gegensatz zur nationalen „Meistererzählung" der Vereinigten Staaten. Liberalismus und Exzeptionalismus – die beiden Grundpfeiler des amerikanischen Welt- und Selbstbildes – signalisieren im landläufigen Verständnis alles Mögliche. Nur mit Selbstzweifel, Verunsicherung oder Angst werden sie nicht in Verbindung gebracht, eher mit Selbstbewusstsein und Vertrauen. Liberalismus oder die Vision von der größtmöglichen Freiheit des Individuums ist untrennbar mit der Zuversicht verbunden, Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religion und Rasse zu souveränen Bürgern einer Nation machen zu können. „E Pluribus Unum" steht zugleich für die staatsbürgerliche Neutralisierung sozialer Unterschiede: Gleichberechtigung wiegt auf Dauer schwerer als soziale Differenz, das Angebot zur Inklusion entschärft die Gefahren gesellschaftlicher Exklusion. Auf diesen Prämissen fußt auch die Idee von der Einzigartigkeit Amerikas. Sie kann bekanntlich mit religiösen wie mit säkularen Gedanken begründet werden: mit dem Auftrag Gottes an sein auserwähltes Volk, ein „neues Jerusalem" aufzubauen und dafür Sorge zu tragen, dass die Freiheit nicht vom Erdboden verschwindet. Oder mit der Gründungsakte der Republik, in der erstmalig in der Weltgeschichte Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung als leitende Maximen staatlichen Handelns festgeschrieben wurden. Das gemeinsame Dritte von Liberalismus und Exzeptionalismus ist die unbedingte Überzeugung vom Gelingen des Experiments Amerika. Umgangssprachlich ausgedrückt: „Failure is not an option."

Dennoch gehört eine angstbesetzte Schattenseite zu dieser Meistererzählung: die Dystopie vom ewigen Fremden oder unversöhnlichen Feind. Im Exzeptionalismus ist dieses Narrativ a priori ausbuchstabiert. Wer zum Vorbild berufen ist, so die Unterstellung, weckt den bösen Willen Anderer und wird umso verwundbarer, je erfolgreicher er ist. Und weil ausländische Neider und Hasser auf dem offenen Marktplatz der Ideen nicht bestehen können, verlegen sie sich auf die besonders hinterhältige Politik innerer Unterwanderung. Seit dem späten 19. Jahrhundert kommen derlei Ängste zunehmend als Zweifel an der Inte-

polis_3_14_011-014_Meueler.qxd 10.09.2014 14:29 Seite 12

Politischer Cartoon aus dem Chicago Tribune (1919). Zwischen 1914 und 1945 galt Einwanderung mehr denn je als Synonym für die Bedrohung „Nationaler Sicherheit".

Foto: wikimedia.org/common

grationskraft der Vereinigten Staaten zur Sprache. Wiewohl im liberalen Diskurs über Rassenintegration und Einwanderung die Vorstellung freiwilliger oder paternalistisch gesteuerter Assimilation stets präsent bleibt, kann von einem ungetrübt selbstbewussten Auftreten keine Rede sein. Im Gegenteil. „Nationale Sicherheit" gilt zunehmend als prekäres Gut, weil sich mit jeder Einwanderungswelle die Frage nach der Zuverlässigkeit der Fremden, nach ihrer Bereitschaft zur Anpassung, neu stellt. Und weil auch dem Liberalismus die stereotype Zuschreibung innewohnt, dass bestimmte Rassen zu diesen Anpassungsleistungen überhaupt nicht fähig sind. Das Selbstgespräch ist mithin ein Klagelied über unabänderliche Webfehler des liberalen Modells: Gerade wegen seiner Toleranz und Weltoffenheit setzt sich Amerika einem Belastungstest voller Unwägbarkeiten aus. Der Nährboden für hypertrophe Phantasien über Anfälligkeiten jedweder Art, über den Feind im Inneren zumal, hätte fruchtbarer kaum sein können.

Das Bemühen, reale Bedrohungen oder imaginierte Ängste zu bändigen, hat im Laufe der amerikanischen Geschichte einen besonderen, womöglich gar den einflussreichsten Typus politischer Aktivisten hervorgebracht: den Angstunternehmer. Gemeint sind Individuen, die alleine oder in Gruppen sich für die Belange „Nationaler Sicherheit" engagieren – stets auf eigene Rechnung und jenseits etablierter Parteien, mit fließenden Übergängen von Selbstmobilisierung zur Selbstermächtigung. Der zur Gefahrenabwehr sich selbst ermächtigende Staatsbürger war seinem Selbstverständnis nach aber kein staatsferner Bürger. Er sprang in die Presche, wenn die Umstände es erforderten; und er stellte sich in den Dienst des Staates, sobald dieser danach verlangte. Damit genügte er dem von England in die Neue Welt mitgeführten „common law", das bekanntlich zweierlei verlangt: dass jeder Einzelne in Zeiten der Gefahr sich den lokalen Sicherheitskräften für Hilfsdienste zur Verfügung stellt und dass dergleichen Dienste vom Staat jederzeit in Anspruch genommen werden können. Das von Juristen so genannte Prinzip des „posse comitatus" oder der „possible force" konnte sich auf Dauer behaupten und wurde in der amerikanischen Verfassung in Gestalt des Zweiten Zusatzartikels verankert. Genau genommen benennt „the right to bear arms" nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht zum Tragen von Waffen. Damit werden die Herstellung und Wahrung innerer Sicherheit auf zwei Schultern verteilt, Staat und Bürger stehen in arbeitsteiliger Verantwortung.

Von Wehrbürgern, Privatagenten und Denunzianten

Das 20. Jahrhundert wurde zur großen Bühne von Angstunternehmern jeder Couleur. Sie traten als Wehrbürger und Nachbarschaftskontrolleure in Erscheinung, als Privatagenten und Denunzianten, als Rüstungslobbyisten und Militärexperten. So unterschiedlich ihr Auftreten auch immer war, gemeinsam teilten sie eine ins Maßlose übersteigerte Angst vor einem hausgemachten Scheitern Amerikas und das brennende Bedürfnis, den Feind im Inneren mit allen Mitteln zu bekämpfen. Wie klassische Unternehmer verfolgen auch Angstunternehmer ein doppeltes Interesse: dass mit ihrem Produkt ein Bedürfnis befriedigt wird und dass dieses Bedürfnis nicht versiegt. In anderen Worten: Wer Vorsorge gegen die Angst trifft, muss bei Strafe des Bankrotts den Ängsten ständig neue Nahrung geben.

Zwischen 1914 und 1945 galt Einwanderung mehr denn je als Synonym für die Bedrohung „Nationaler Sicherheit". Den politischen Anlass hatten aus Europa eingeschleuste bzw. eingewanderte Terroristen geliefert: Agenten im Auftrag der deutschen Regierung, die am 30. Juli 1916 auf „Black Tom Island" vor New York City ein mit zweitausend Tonnen Sprengstoff gefülltes Munitionsdepot der US-Streitkräfte in die Luft jagten; Anarchisten, die auf die Repression gegen die „International Workers of the World" und anderer Gewerkschafter mit einem Mordkomplott reagierten und von April bis Juli 1919 36 Paketbomben an führende Vertreter aus Politik und Wirtschaft verschickten sowie in sieben Städten insgesamt neun Bomben zündeten – glücklicherweise ohne Menschen in Mitleidenschaft zu ziehen; und vermutlich wiederum Anarchisten oder Sozialisten, die am 16. September 1920 an der Wall Street einen Pferdewagen voller Dynamit in Brand steckten und 38 Passanten töteten sowie 400 verletzten.

Damit kehrte eine Urangst ins öffentliche Leben zurück, die bereits im 19. Jahrhundert für erbitterte Kontroversen gesorgt hatte: das Szenario politisch und sozial nicht integrierbarer Immigranten, illegal im Land lebender Unruhestifter und radikalisierter Bürger, die unter sozial entwurzelten Neuankömmlingen angeblich leichte Beute machten. „Nationale Sicherheit" wurde folgerichtig als Dreiklang buchstabiert: Soziale Disziplinierung, politische Homogenität, kulturelle Amerikanisierung. Unter diesem Schlachtruf versammelten sich seit 1914 diverse Bürgerorganisationen in ihrem Kampf für einen wehrhaften Staat: Die „Army League",

polis_3_14_011-014_Meueler.qxd 10.09.2014 14:29 Seite 13

die „Navy League“, das „Plattsburg Movement“, die „National Security League“, die „American Protective League“ und nicht zuletzt der im November 1919 auf Schlachtfeldern in Frankreich gegründete Veteranenverband „American Legion“. Dass es um die Existenz der Nation ging, war aus ihrer Sicht keine propagandistische Taktik, sondern eine realitätsnahe Beschreibung zeitgenössischer Zustände.

Während des Ersten Weltkrieges verwandelte sich die weit verbreitete Unsicherheit in eine kollektive Hysterie. Hatten die staatsbürgerlichen Sicherheitsaktivisten anfänglich noch darauf gesetzt, die Heimatfront durch militärische Ausbildungslager für Freiwillige, sodann durch eine militärische Ausbildung aller Männer im wehrfähigen Alter unter Kontrolle halten zu können, so verschärfte man unter Führung der „American Protective League“ alsbald die Gangart. „Verteidigungsräte“ und „Patriotische Gesellschaften“ übernahmen vielerorts die Aufgaben von Stadt- oder Regionalparlamenten und erließen Verordnungen mit Gesetzeskraft. „Feindliche Ausländer“ oder alle, die man dafür hielt, mussten landesweit mit Allem rechnen: Sie wurden denunziert, registriert, eingesperrt und deportiert, in aller Öffentlichkeit verprügelt, geteert, gefedert und bisweilen auch gelyncht. Als Justizminister Alexander Mitchell Palmer zur Reinigung des Landes „von diesem ausländischen Abschaum“ aufrief und lautstark seine Hoffnung äußerte, „dass die amerikanischen Bürger für uns in einer riesigen Organisation als freiwillige Agenten tätig werden“ (zit. n. Weiner 2012, S. 61), waren diese Agenten längst unterwegs. Nämlich in den Reihen der 300 000 Mitglieder starken „American Protective League“, die regelrechte Suchtrupps losschickte, um Mitbürger auszuspionieren, Razzien gegen Sozialisten, Anarchisten und andere Verdächtige durchzuführen und Informationen an das Justizministerium sowie den im Aufbau befindlichen Inlandsgeheimdienst, das spätere FBI, weiterzugeben.

Dass das Phantasma „totaler Sicherheit“ sich am Ende des Ersten Weltkrieges nicht erschöpft hatte, sondern auf Dauer konserviert wurde, geht auf die Kooperation zivilgesellschaftlicher Akteure mit staatlichen Funktionsträgern und Eliten zurück. Der Veteranenverband „American Legion“ spielte dabei eine Schlüsselrolle und begründete seinen jahrzehntelang zutreffenden Ruf als einflussreichster Angstunternehmer der Vereinigten Staaten. Vernetzt mit einer Vielzahl von Clubs, Verbänden und Vereinigungen – von Handelskammern bis zu kirchlichen Organisationen –, sah die „Legion“ die „Subversion im Inneren“ als hauptsächliche Bedrohung „nationaler Sicherheit“. Im Zuge ihrer Kampagne für „100 Prozent Amerikanismus“ forderte sie einen kompletten Einwanderungsstopp für die Dauer von zehn Jahren, die Deportation illegaler Immigranten sowie die Säuberung aller Schulen und Universitäten von unzuverlässigem Lehrpersonal und anstößigem Schrifttum. Und zwar mit Erfolg, wie zahlreiche Entlassungen und die von vielen Lehrern seither geforderten Loyalitätserklärungen belegen. Auch bei der Einrichtung eines auf staatsfeindliche Umtriebe spezialisierten Kongressausschusses im Jahr 1938, dem später legendären „House Committee on Unamerican Activities“, zählte die „Legion“ zu den treibenden Kräften. Diese überbordende Energie bewog das FBI zu einer verstärkten Rekrutierung informeller Informanten aus den Reihen des Veteranenverbandes. 33 000 waren es in den frühen 1940er Jahren, weit über 40 000 im darauffolgenden Jahrzehnt (Pencack 1989, S. 265, 277).

Mit ihren vielfältigen Aktivitäten leisteten Angstunternehmer einen entscheidenden Beitrag zur Transformation des amerikanischen Sicherheitsdiskurses. Seit den späten 1930er Jahren dominierten Visionen von Prävention und allumfassender Vorsorge die Krisen- und Angstrhetorik. Diesem Verständnis zufolge sind Gefahren zu bekämpfen, bevor sie konkret geworden sind, muss selbst dann gehandelt werden, wenn es weder schlüssige Vermutungen noch hinreichende Beweise für eine Bedrohung gibt. Die Frage ist nicht, ob oder wie wahrscheinlich ein Szenario ist; dass es potentiell vorstellbar ist, gibt den Ausschlag. Folglich scheinen die Risiken des Nichthandelns allemal größer als die Risiken des Handelns.

So gesehen stand die Paranoia des Kalten Krieges schon auf Abruf bereit,

Verwaltungsgebäude des Militärgeheimdienstes in Fort Mead, Maryland. Von hier aus überwacht die National Security Agency (NSA), eine der mächtigsten Behörden der Welt, den Planeten. Sobald die „Nationale Sicherheit“ auf der Agenda steht, gelten in den USA – und anderswo – eigene Regeln.

Foto: wikimedia.org/common

polis_3_14_011-014_Meueler.qxd 10.09.2014 14:29 Seite 14

ehe die Konfrontation mit dem neuen Feind überhaupt begonnen hatte. Der taktgebende Impuls war und blieb derselbe: Der Kommunismus ist im Grunde schwach, erst die Immunschwäche liberaler Demokratien macht ihn stark. Geändert hatte sich indes die Identität des Feindes im Inneren. Fortan ging es nicht mehr in erster Linie um ideologisch verseuchte Einwanderer, sondern um unzuverlässige Eliten. Gemeint waren „fellow travelers" aus Kultur und Wissenschaft, Politik und Wirtschaft – Gelegenheitskommunisten also oder hinterlistige Verräter, die auf den ersten Blick nicht als solche zu erkennen waren. Als nicht minder verdächtig galten entscheidungsschwache, zögerliche und zu Kompromissen geneigte Diplomaten – ein Vorwand, der zehn Jahre lang für die Entlassung hunderter Mitarbeiter des Außenministeriums herhalten musste, denen man homosexuelle Neigungen, Alkoholismus oder sonstige hedonistische Vorlieben andichtete. Dass die staatliche Überwachung seit den frühen 1950er Jahren auf die Spitze getrieben wurde, ist das Eine. Sie wäre aber ohne die tätige Mithilfe „von unten" in dem heute dokumentierten Umfang kaum möglich gewesen. Der Informant konnte sich in diesem gesellschaftlichen Umfeld sicher sein, dass Bespitzelung und vorauseilende Weitergabe von Informationen jedweder Art den Status eines vorbildlichen Staatsbürgers beglaubigten. Ob bestimmte Hinweise tatsächlich von Wert waren oder nicht, blieb im Grunde zweitrangig. Was zählte, war der als staatsbürgerliche Pflicht geadelte Akt des Ausspionierens. Und das damit verknüpfte Versprechen sozialer Aufwertung.

Angstunternehmer im 21. Jahrhundert

Eben darin liegt das Vermächtnis der Angstunternehmer aus der Zeit des Kalten Krieges – in der unhinterfragten Bereitschaft, den „Nationalen Sicherheitsstaat" grundsätzlich anzuerkennen und ihm zuzuarbeiten. Hatten wortmächtige Kritiker in den 1930er Jahren, unter ihnen auffallend viele Konservative, noch vor einer Aushöhlung demokratischer Fundamente durch wuchernde Sicherheitsapparate gewarnt, so verloren sich diese Einwände unter dem Eindruck jahrzehntelang wirkmächtiger Droh- und Angstkulissen. Die normative Immunisierung eines starken Sicherheitsstaates wurde seither nur in Ausnahmefällen durchbrochen – beispielsweise Mitte der 1970er Jahre während der von Senator Church angestrengten Anhörungen über den nationalen Sicherheitsapparat oder in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre im Zusammenhang mit dem „Iran Contra"-Skandal. Nachhaltige Korrekturen blieben indes aus. Das Denken in Kategorien „totaler Sicherheit" oder die Fixierung auf Risikoprävention war allemal stärker, ganz zu schweigen vom Behauptungswillen und der Durchsetzungskraft jener Institutionen und Apparate, die für die „Nationale Sicherheit" zuständig sind und deshalb ein vitales Interesse daran haben, ständig neue Angstkulissen aufzubauen.

Womit nicht gesagt sein soll, dass es keine realen Bedrohungen gegeben hätte. Selbstverständlich hat es diese realen Bedrohungen gegeben – vornehmlich in Gestalt des Totalitarismus, aber auch in Form des Terrorismus. Aber die Pointe in der Geschichte von Angstunternehmern ist eine andere. Nicht zuletzt ihretwegen zahlt Amerika bis heute den Preis einer inflationären Angst, die in seiner kollektiven Imagination entstanden ist und vor dem Hintergrund realer Bedrohungen immer wieder zum Exzess gesteigert wird. Die Rede ist davon, dass maßlose Ängste einem Phantasma von „totaler Sicherheit" ständig neue Nahrung geben, wie umgekehrt die Vision „totaler Sicherheit" die Vorstellung extremer Verwundbarkeit am Leben erhält und damit auch überzüchtete Ängste. Unablässig auf der Suche nach Monstern, die es zu zerstören gilt, sind der politischen Klasse wie auch der Öffentlichkeit offenkundig die Maßstäbe abhandengekommen, zwischen Risiko, Bedrohung und Gefahr zu unterscheiden.

Das aber ist, wie nicht oft genug betont werden kann, die politische Lebensversicherung für den „Nationalen Sicherheitsstaat" und eine „carte blanche" für seine Zuarbeiter. Es geht um die Immunisierung staatlicher Politik gegen Kritik selbst dann, wenn der permanente Ausnahmezustand zum Normalzustand erklärt wird. In diesem Sinne hatten und haben Angstunternehmer einen erheblichen Anteil an der normativen Aufwertung von Staatlichkeit, an der Akzeptanz des „National Security State" samt seiner diversen Praktiken – und sei es auch nur aus einem einzigen Grund: Weil eingeschüchterte Bürger immer auch unterwürfige Bürger sind. Oder zumindest Bürger, die den Mut zum Risiko demonstrativer Illoyalität verloren haben.

Im Kern handelt die Geschichte der Angstunternehmer von unstillbaren Sicherheitsbedürfnissen – und von einer Entwicklung, die allen amerikanischen Besonderheiten zum Trotz keineswegs nur auf die USA beschränkt ist. Europas Vergangenheit wie Gegenwart bietet einschlägiges, oft zum Verwechseln ähnliches Anschauungsmaterial im Überfluss. Womöglich waren und sind wir diesbezüglich den USA gar näher, als uns Recht sein sollte. Ein derartiger Vergleich aber ist noch nicht geschrieben. ◆

Literatur

Capozzola, Ch.: Uncle Sam Wants You. World War I and the Making of the Modern American Citizen, Oxford University Press 2008.

Chernus, I.: Monsters to Destroy: The Neoconservative War on Terror and Sin, Boulder, Co. 2006.

Greiner, B.: 9/11 – Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011.

Nagler, J.: Nationale Minoritäten im Krieg. „Feindliche Ausländer" und die amerikanische Heimatfront während des Ersten Weltkriegs, Hamburg 2000.

Pencak, W.: For God and Country. The American Legion, 1919-1941, Boston 1989.

Stearns, P.N.: American Fear. The Causes and Consequences of High Anxiety, Hoboken, N.J. 2006.

Stieglitz, O.: Undercover. Die Kultur der Denunziation in den USA, Frankfurt/M. 2013.

Sunstein, C.: Gesetze der Angst: Jenseits des Vorsorgeprinzips, Frankfurt/M. 2007.

Weiner, T.: FBI. Die wahre Geschichte einer legendären Organisation, Frankfurt/M. 2012.

polis_3_14_015-017_Meueler.qxd 10.09.2014 14:37 Seite 15

Sind die Vereinigten Staaten von Amerika post-racial?

von *Marlon Lieber*

Marlon Lieber, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für England- und Amerikastudien der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

In seiner 1903 veröffentlichten Aufsatzsammlung *The Souls of Black Folk* prognostizierte der afroamerikanische Soziologe und Historiker W.E.B. Du Bois, dass „the problem of the Twentieth Century is the problem of the color-line" (1986, S. 359). Damit war gemeint, dass – 40 Jahre nach dem Ende der Sklaverei – der Kampf der schwarzen Bevölkerung für gleiche Rechte auch weiterhin zentral für das Schicksal der Vereinigten Staaten sein würde. Betrachten wir den geschichtlichen Verlauf, so scheint Du Bois nicht Unrecht gehabt zu haben: Der von Afroamerikanern geführte Kampf um die Erlangung von Bürgerrechten dauerte bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Man könnte nun geneigt sein, hier eine eindeutige Erfolgsgeschichte zu sehen: Die Bürgerrechtsbewegung erreichte unter Führung von Martin Luther King und Anderen in den 1950er und 1960er Jahren tatsächlich unter anderem, dass die Segregation an Schulen verboten wurde und Gesetze sicherstellten, dass die schwarze Bevölkerung – gerade in den US-amerikanischen Südstaaten – nicht länger an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte gehindert wurde. Dieses Narrativ ließe sich dann mit der Wahl Barack Obamas zum ersten schwarzen US-Präsidenten im Jahr 2008 beenden; ein Jahrhundert nach Du Bois' Feststellung schien das Problem der „color-line" in Amerika gelöst. Die USA, so sahen es viele Kommentatoren, seien in ein *post-racial*-Zeitalter eingetreten, in welchem der Rassismus endlich überwunden sei. Die folgenden Ausführungen sollen die Wahrheit dieser Behauptung hinterfragen.

Bevor dies geschehen kann, soll kurz auf den Begriff *race* (es bietet sich an, hier den englischen Begriff beizubehalten, da dessen Bedeutung in mancher Hinsicht eine andere ist, als die des Begriffs ‚Rasse' im Deutschen) eingegangen werden. Häufig wird *race* im sozialwissenschaftlichen Diskurs als ‚soziale Konstruktion' erklärt – was in gewisser Hinsicht richtig ist, da es darauf verweist, dass moderne Biologie und Genforschung eindeutig erklären, dass es keine biologische Grundlage für die Anwendung dieses Konzepts auf die menschliche Bevölkerung gibt. Andererseits ist damit noch nicht erklärt, wie *race* sozial konstruiert und wirksam wird. Es soll nun eine kurze soziologische Definition des Begriffs versucht werden (aufbauend auf Desmond/Emirbayer 2010; Omi/Winant 1994; Taylor 2013; und Wacquant 1997): *Race* ist ein Klassifikationsprinzip, das – in den USA – die Bevölkerung in fünf *races* einteilt: „Native Americans and Alaskan Natives, Asians and Pacific Islanders, African Americans (or blacks), Hispanics (or Latinos), and Caucasians (or whites)" (Desmond/Emirbayer 2010, S. 15). Dabei wird die Gruppenzugehörigkeit auf der Grundlage von Aussehen und/oder Abstammung festgelegt und den Mitgliedern der Gruppen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, die fälschlicherweise als *natürlich* verkannt werden (dies können negative aber auch positive Qualitäten sein).

Race sollte allerdings weder als bloß symbolische, ‚geistige' oder subjektive Kategorie missverstanden werden, deren Realität nur in den Köpfen der Menschen statt hat, noch unterstellt werden, dass das Denken in diesen Kategorien immer bewusst geschehen muss. Vielmehr sind diese Wahrnehmungskategorien, mit Pierre Bourdieu gesprochen, Teil des Habitus der sozialen Akteure und werden von diesen größtenteils gewohnheitsmäßig und quasi-automatisch verwendet – was auch erklärt, weshalb rassistische Handlungen nicht notwendigerweise intentional sein müssen und auch von Menschen begangen werden, die sich eigentlich frei von rassistischen Einstellungen glauben (vgl. Wise 2010, S. 18). Gerade dies ist auch der Grund, warum der Glauben an verschiedene *races* und damit einhergehende rassistische Haltungen und Vorurteile nur schwierig zu überwinden sind, zumal nicht durch „eine bloße Willensanstrengung, gegründet auf befreiender Bewußtwerdung" (Bourdieu 2004, S. 230). Ein weiterer Grund dafür ist, dass sich *race* als Klassifikationsmuster gleichsam auch in den objektiven Strukturen der Gesellschaft niederschlägt. Die Funktionsweise bestimmter Institutionen baut grundlegend auf *race* auf, ohne dass die Entscheidung jedes einzelnen ihrer Mitglieder immer bewusst und absichtlich von *race* geleitet wäre. Letztendlich ist es insbesondere der Staat, in dessen Macht es steht, dieses Klassifikationsmuster aufrecht zu erhalten und durchzusetzen – indem zum Beispiel jede Staatsbürgerin im *Census* (der Volkszählung) die Zugehörigkeit zu einer *race* wählen muss.

Zusammengefasst, *race* wird durch die individuelle wie kollektive Praxis von sozialen Akteuren produziert, objektiviert sich aber in Institutionen und anderen überindividuellen Strukturen und gewinnt somit eine Art Eigenleben, wird „zu einer eigenständigen sozialen

polis_3_14_015-017_Meueler.qxd 10.09.2014 14:37 Seite 16

Kraft“ (Wacquant 2009, S. 210), die es umso schwerer macht, das Denken in diesen Kategorien aufzugeben, da *race* als effektives Klassifikationsmuster kontinuierlich von Akteuren sowie von Institutionen reproduziert wird. Gerade deswegen jedoch hat *race* eine Geschichte, ist immer in einen spezifischen (nationalen) Kontext eingebettet und somit immer von den jeweiligen Institutionen und äußeren Faktoren, beispielsweise sozio-ökonomischen, abhängig (siehe auch Fields/Fields 2012). Mit anderen Worten: *Race* ist kein transhistorisches Klassifikationsprinzip, sondern kann verändert und damit auch aufgehoben werden.

Tatsächlich wurden die USA nach Barack Obamas Wahl von manchen Kommentatoren tatsächlich für *post-racial* erklärt – denn, so wurde argumentiert, es gebe doch keinen größeren Beweis dafür, dass die Hautfarbe keine Rolle mehr spiele, als dass nun der Sohn eines Kenianers das höchste Amt des Landes bekleidet. Gleichzeitig verzeichnete das FBI im Zeitraum um Obamas erste Wahl eine Rekordanzahl „rassistisch motivierter Straftaten“ (Jennings 2014, S. 65). Die Tatsache, dass Obama in den Vereinigten Staaten geboren wurde, wird von rechten Obama-Gegnern bis heute angezweifelt (und damit natürlich die Legitimität seiner Wahl). Der erste schwarze Mann im Weißen Haus wird also, dies wurde in den vergangenen Jahren deutlich, von nicht unwesentlichen Teilen der Bevölkerung als *fremd* angesehen, als daher fundamental für das Amt ungeeignet. Schließlich ist zu betonen, dass – ungeachtet der tatsächlich existierenden Signalwirkung der Präsidentschaftswahl 2008 – der Erfolg einzelner Mitglieder einer benachteiligten *race* wenig über die Existenz von Rassismus auf einer strukturellen, gesamtgesellschaftlichen Ebene aussagt (vgl. Desmond/Emirbayer 2010, S. 28). Sehen wir uns also einige Beispiele für diesen an.

Während Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen der weißen und der schwarzen Bevölkerung (und anderen *People of Color*) immer bestanden haben, hat sich das Problem der ökonomischen Ungleichheit seit dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes sogar verschlimmert. So sind Schwarze etwa drei Mal so häufig von Armut betroffen wie Weiße und Perioden von Arbeitslosigkeit dauern bei ihnen länger an. Auch auf dem Arbeitsmarkt treffen *People of Color* immer wieder auf Diskriminierung, so dass z.B. ihre Chancen, zu Vorstellungsgesprächen eingeladen zu werden, geringer sind, als dies bei Weißen der Fall ist. Hier sind es meist unterschwellige Vorurteile (z.B. gegenüber Bewerbern, deren Namen sie als vermeintlich schwarz ausweisen), welche die Entscheidungen der Arbeitgeber auslösen. Darüber hinaus haben erstere meist geringere Chancen eine gute schulische Bildung sowie ausreichende medizinische Versorgung zu erhalten (vgl. auch Wise 2010, S. 65ff.).

Barack Obama leistet am 20.01.2009 den Amtseid als 44. Präsident der USA. Mit der Wahl bzw. Wiederwahl des ersten schwarzen Präsidenten verbanden sich viele Hoffnungen auf positive Veränderungen der amerikanischen Gesellschaft.

Quelle: wikimedia/commons

Der vielleicht erschütterndste Beleg für das Fortbestehen von *race* ist im amerikanischen Strafrechtssystem zu finden. Über 60 Prozent der Inhaftierten gehören nicht-weißen Minderheiten an. Gerade für afroamerikanische Männer ist die Wahrscheinlichkeit, im Verlauf ihres Lebens im Gefängnis zu landen, enorm hoch. Auch hier sind es allerdings keine explizit rassistischen Gesetze, die für diese Unverhältnismäßigkeit sorgen, stattdessen ist das System formal (*de jure*) ‚farbenblind‘. Wie Michelle Alexander in ihrem vielbeachteten Buch *The New Jim Crow* (2010) aufzeigt, ist es jedoch so eingerichtet, dass (*de facto*) fast zwangsläufig die schwarze Bevölkerung zum vorrangigen Ziel wird. Der extreme Anstieg der Häftlingszahlen (in lokalen, Bundes- und Staatsgefängnissen sind momentan über 2 Millionen Menschen inhaftiert) ging einher mit dem *War on Drugs*, der in den frühen 1980ern unter Ronald Reagan begonnen wurde. Wie Alexander bemerkt, zeigen Untersuchungen, dass Afroamerikaner nicht in höherem Ausmaß Drogen konsumieren oder mit ihnen handeln, als weiße Amerikaner. Die Entscheidung, die Anstrengungen des War on Drugs auf die innerstädtischen, zumeist von Schwarzen und Latinos bewohnten Ghettos zu konzentrieren, kann also nur eine politische Entscheidung sein (ebd., S. 98). Gleichsam ist es keine explizit als rassistisch ersichtliche, da das Ziel des ‚Krieges‘ eben formal Drogenbekämpfung und nicht *People of Color* lautet. Alexander folgert daraus, dass ein System rassistischer Kontrolle entstanden ist, welches sie mit dem *Jim Crow*-Regime, das in den Südstaaten gegen Ende des 19. Jahrhunderts errichtet wurde, vergleicht (ebd., S. 179ff.).

Es mag nun aber wichtig sein, die historischen Differenzen nicht zu übersehen. Der französische Soziologe Loïc Wacquant, der die wohl aufschlussreichsten Studien zum modernen Gefängnissystem veröffentlich hat, betont, dass das heutige System integral mit den Transformationen des Staates im Neoliberalismus verknüpft ist. Er sieht das Gefängnissystem auch in einer Reihe von Institutionen, welche die Funktion hatten, die rassistische Hierarchie in den USA aufrecht zu erhalten, betont aber den sozio-ökonomischen Kontext stärker als Alexander. So ist die Masseninhaftierung gerade von jungen Afroamerikanern, die in den Ghettos leben,

polis_3_14_015-017_Meueler.qxd 10.09.2014 14:37 Seite 17

auch damit zu erklären, dass die Bevölkerung der Ghettos durch Prozesse der Deindustrialisierung und durch die erhöhte Mobilität des Kapitals ihre „positive ökonomische Funktion“ verloren hat (Wacquant 2009, S. 217). Mit anderen Worten: Diese wird vom post-fordistischen Arbeitsmarkt nicht länger gebraucht. Die Reaktion des neoliberalen Staates darauf war, sozialstaatliche Ausgaben zu kürzen und die Gefängnisse zu nutzen, um die ‚überflüssig‘ gewordene Bevölkerung zu ‚verwahren‘. Dabei konnten rassistische Stereotypen von schwarzen Männern als kriminellen Gang-Mitgliedern und schwarzen Frauen als den Sozialstaat ausnutzende *„Welfare Queens“* (in Ronald Reagans Worten) mobilisiert werden, um Unterstützung für sowohl *law-and-order*-Politik als auch Kürzungen von Sozialleistungen durchzusetzen. In der Zukunft wird, so lässt sich aufgrund der momentan heftig ausgetragenen Konflikte über illegalisierte Einwanderung aus Süd- und Zentralamerika schon absehen, der „Zugriff des Strafverfolgungsarms des Staates“ (ebd., S. 216) auch andere *racial minorities* zunehmend ins Ziel nehmen.

Die vorhergegangenen Ausführungen sollten deutlich gemacht haben, dass eine Kritik des *post-race*-Diskurses notwendig bleibt. Gleichzeitig sollten sowohl Akademikerinnen wie (antirassistische) Aktivistinnen sich einiger Probleme, welche mit der *post-race*-Kritik einhergehen können (aber nicht müssen), bewusst sein. Wenn z.B. Desmond und Emirbayer schreiben: „We have to interrogate race, lest we allow the *cancer of racism* to continue to poison the *promising vitality* of our American society“ (2010, ix; meine Hervorhebung), dann suggeriert dieses Bild, dass – wäre das ‚Krebsgeschwür‘ des Rassismus entfernt – *alles gut sei*. Sechs Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und andauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, ziehen nun allerdings auch bürgerliche Ökonomen wie Thomas Piketty die „promising vitality“ der amerikanischen Gesellschaft in Frage und widmen sich dem Problem der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit. Eine Kritik des Rassismus, die dies nicht weiter problematisiert, ist, wie Adolph Reed bemerkt, höchst kompatibel mit neoliberaler Ideologie, die alle marktbasierten Ungleichheiten rechtfertigt, solange nur niemand aufgrund von Diskriminierung vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleibt (Michaels 2006; Lieber [im Erscheinen]). Daher muss die Kritik des Rassismus „integrale[r] Bestandteil eines Programms zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit“ (Reed 2013, S. 32) in einem weiteren Rahmen sein, will sie nicht Gefahr laufen, sich zur Komplizin wachsender (ökonomischer) Ungleichheit machen.

So richtig es auch ist, zu betonen, dass *race* und rassistische Diskriminierung in den USA auch weiterhin eine Rolle spielen und dass politische Programme, die dies nicht bedenken, bestenfalls die damit einhergehenden Ungleichheiten nicht beheben oder sie schlimmstenfalls noch verstärken (Wise 2010, S. 17), so muss doch darauf geachtet werden, das Prinzip *race* nicht selbst zu enthistorisieren und zu verdinglichen. Anders gesagt: die Perspektive sollte weiterhin eine bleiben, die zwar betont, dass *race* in der Gegenwart noch nicht überwunden ist, dass dies aber in der Zukunft sein könnte. Das (utopische) Moment des *post-race*-Diskurses sollte nicht vergessen werden: Wenn *race* tatsächlich eine ‚soziale Konstruktion‘ ist, dann bedeutet dies, dass eine Welt, in der Menschen nicht mehr irrationalerweise in *races* eingeteilt werden, möglich ist. ◆

Literatur

Alexander, M.: The New Jim Crow: Mass Incarceration in the Age of Colorblindness, New York 2012.

Bourdieu, P.: Meditationen: Zur Kritik der scholastischen Vernunft, Frankfurt am Main 2004.

Desmond, M./Emirbayer, M.: Racial Domination, Racial Progress: The Sociology of Race in America, New York 2010.

Du Bois, W.E.B.: The Souls of Black Folk. In: Ders.: Writings, New York 1986.

Fields, K.E./Fields, B.J.: Racecraft: The Soul of Inequality in American Life, London/New York 2012.

Jennings, J.: Barack Obama und der Mythos vom post-rassistischen Amerika. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 6, 2014, S. 59–70.

Lieber, M.: Being Afraid of „Post-Blackness“: What's Neoliberalism Got to Do With It? In: Metcalf, J./Spaulding, C. (Hg.): African American Culture & Society Post Rodney King: Provocations & Protests, Progression & ‚Post-Racialism‘. Farnham (im Erscheinen).

Michaels, W.B.: The Trouble With Diversity: How We Learned to Love Identity and Ignore Inequality, New York 2006.

Omi, M./Winant, H.: Racial Formation in the United States: From the 1960s to the 1990s, New York/London 1994.

Reed, A.: Die Grenzen des Antirassismus: Der antirassistische Diskurs ist mit neoliberalen Gleichheitsbildern kompatibel. In: ak. analyse & kritik. Sonderbeilage Herbst 2013, S. 31–33.

Taylor, P.C.: Race: A Philosophical Introduction, Cambridge/Malden, MA 2013.

Wacquant, L.: Bestrafen der Armen: Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit, Opladen 2009.

Ders.: For an Analytic of Racial Domination. In: Political Power and Social Theory. 11, 1997, S. 221–234.

Wise, T.: Colorblind: The Rise of Post-Racial Politics and the Retreat From Racial Equality, San Francisco 2010.

Demonstranten beim Million Hoodie March nach der Ermordung des schwarzen Teenagers Trayvon Martin am 21.03.2012. Der in einer privaten Bürgerwehr engagierte Schütze konnte sich später vor Gericht erfolgreich darauf berufen, in Notwehr gehandelt zu haben, nachdem der unbewaffnete Martin ihn geschlagen habe.

Quelle: wikimedia/commons

polis_3_14_018-020_Meueler.qxd 03.09.2014 18:07 Seite 18

Kein Vorbild mehr?

Zur Krise der US-Demokratie

von *Markus B. Siewert und Claudius Wagemann*

Markus B. Siewert, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schwerpunkt für qualitative empirische Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Prof. Claudius Wagemann, PhD, ist Professor für qualitative empirische Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sehen sich die Vereinigten Staaten von Amerika einer Vielzahl vielschichtiger und sich gegenseitig überlappender Problemkonstellationen gegenüber. Außenpolitisch ist der War on Terrorism immer noch der zentrale Fluchtpunkt amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik, wobei die Strategie der USA zwischen globaler Verantwortung und selbstauferlegter Zurückhaltung zu oszillieren scheint. Innerhalb der amerikanischen Gesellschaft wird seit den 1970er Jahren die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen stagnierenden und aufstrebenden Segmenten immer größer – ein Trend, der sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 noch zusätzlich verstärkt hat. In der Innenpolitik lähmt die Hyperpolarisierung zwischen Demokraten und Republikanern den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess, was dazu führt, dass auf zahlreichen Feldern der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik seit Jahren Stillstand herrscht.

Die Krise der USA scheint nicht nur in den zeitgenössischen Feuilletons, sondern auch in sozialwissenschaftlichen Analysen allgegenwärtig: So ist etwa die Rede von einer Krise des außenpolitischen Ansehens und der internationalen Hegemonialstellung, einer Krise des amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells des American Way of Life oder einer Krise des nationalen Selbstbewusstseins und des Vertrauens in den American Exceptionalism. Und nicht wenige sehen gar die gesamte US-Demokratie in einer tiefen Sinn- und Existenzkrise.

Input-Dimension: Wahlbeteiligung und parteipolitischer Wettbewerb

Wirft man einen Blick auf die input-Dimension des politischen Systems, so sticht zuallererst die geringe Wahlbeteiligung in den USA auf nationaler Ebene ins Auge. Zwar ist die Wahlbeteiligung nicht erst mit der Euphorie um Barack Obama im Wahljahr 2008, sondern bereits seit den 2000er Wahlen wieder leicht gestiegen. Nichtsdestotrotz ist sie über die letzten fünf Jahrzehnte hinweg um insgesamt 10-15% gesunken und liegt heute in Präsidentschaftswahlen bei 60% und in Kongresswahlen bei 40% der wahlberechtigten Bevölkerung. Wer hieraus jedoch direkt eine Krise der politischen Beteiligung herausliest, greift in seiner Argumentation zu kurz: Erstens wird in keinem anderen Staat der Welt so häufig gewählt wie in den USA. Im föderalen System der USA entscheiden die Bürger_innen nicht nur über die Besetzung der Legislativen und Exekutiven auf nationaler und einzelstaatlicher Ebene, sondern oftmals auch über Ämter wie Staatsanwälte, Kämmerer und lokale Sheriffs, bis hin zu Positionen in der Schulaufsicht. Zusätzlich verfügen zahlreiche Einzelstaaten über direktdemokratische Elemente, so dass die Bevölkerung über eine Vielzahl gesellschaftlich relevanter Themen unmittelbar entscheidet. Auch in anderen föderalen Systemen mit direkter Demokratie wie der Schweiz fällt die Wahlbeteiligung an den nationalen Parlamentswahlen regelmäßig deutlich geringer aus als in rein repräsentativen Demokratien. Zweitens ist das Partizipationsverhalten in den USA wie in nahezu allen etablierten Demokratien tiefgreifenden Wandlungsprozessen unterworfen. Auch wenn die Bürger_innen heutzutage seltener zur Wahl gehen als früher, so nutzen sie weiterhin regelmäßig andere In-

polis_3_14_018-020_Meueler.qxd 03.09.2014 18:07 Seite 19

strumente und Kanäle, um sich in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einzubringen. So ist etwa die Bereitschaft sich im Wahlkampf durch Spenden, in Wahlkampfveranstaltungen oder mittels aktiver Mobilisierung von Parteianhängern zu beteiligen, über die Jahrzehnte hinweg relativ konstant geblieben. Nicht-institutionalisierte und individuelle Formen der politischen Partizipation verzeichnen sogar einen deutlichen Anstieg: Ein immer größerer Anteil der US-Gesellschaft äußert sich politisch durch Unterschriftensammlungen und Petitionen, Kundgebungen und Demonstrationen, bis hin zum politisch motivierten Boykott bestimmter Produkte. So können die Protestaktionen so verschiedener Gruppierungen wie der Tea Party- oder der Occupy-Bewegung einerseits als Ausdruck der aktuellen Krise des politischen und gesellschaftlichen Systems verstanden werden; andererseits sind sie aber auch Zeichen einer lebendigen politischen Beteiligungs- und Protestkultur, die sich auch auf andere Bereiche der Zivilgesellschaft erstreckt, wie z.B. auf die Schwulen- und Lesbenbewegung oder auf Befürworter und Gegner des Schwangerschaftsabbruchs.

So drückt sich die Krisenhaftigkeit der politischen Partizipation in den USA weniger in ihrer Quantität als vielmehr in ihrer Qualität aus: Der politische Meinungs- und Willensbildungsprozess weist nämlich massive Ungleichgewichte zugunsten sozio-ökonomisch bessergestellten Gesellschaftsgruppen auf. US-Amerikaner_innen aus höheren Einkommensklassen und mit besserem Bildungsniveau nehmen nicht nur in größerem Umfang an Wahlen teil, sie kontaktieren auch häufiger ihre Abgeordneten, beteiligen sich intensiver in Wahlkampagnen und zeigen ein bei weitem größeres Engagement in Interessengruppen und Bürgerinitiativen.

Während die USA im Vergleich kapitalistischer Wirtschaftssysteme gerne als das Paradebeispiel einer liberalen und wettbewerbsorientierten Ökonomie genannt werden, besteht die Versuchung, auch die US-Demokratie als besonders kompetitiv zu sehen. Betrachten wir allerdings das amerikanische Wahl- und Parteiensystem, so wird deutlich, dass die überdominanten Elemente der Mehrheitswahl das bestehende Zweiparteiensystem nahezu unverrückbar zementieren – viel stärker als dies etwa für das Paradebeispiel des britischen Mehrheitswahlsystems der Fall ist. Kleinere politische Kräfte haben in der Regel kaum eine Chance, Repräsentant_innen in den Kongress zu entsenden, und schon gar nicht, das Präsidentschaftsamt zu erobern. Hinzu kommt, dass im politischen System der USA die Wiederwahlquote der Amtsinhaber auf nationaler Ebene bei um die 90% liegt.

So spielt sich der parteipolitische Wettbewerb in erster Linie innerhalb der beiden etablierten Großparteien ab. Sowohl die Demokratische als auch die Republikanische Partei beherbergen nach wie vor diverse ideologische Flügel, die unter einem gemeinsamen Label zusammenkommen – wenngleich die Polarisierung der letzten Jahre hier zu einer Sortierung in ein konservatives und ein liberales Lager geführt hat. Das Aufkommen der Tea Party und der Occupy-Bewegung etablierte gerade in der Republikanischen Partei eine wirkmächtige faction, welche den innerparteilichen Wettbewerb befördert, zugleich aber auch die politische Polarisierung intensiviert.

Throughput-Dimension: Parteipolarisierung und Interessengruppen

Dieser Zuwachs an Wettbewerb bedeutet jedoch nicht automatisch eine Verbesserung der US-Demokratie. So kann sich selbst eine prinzipiell begrüßenswerte Entwicklung wie die Aufwertung der Wettbewerbskomponente durchaus subversiv auf die throughput-Dimension des politischen Prozesses auswirken. Die Gründungsväter der USA etablierten ein politisches System der checks and balances zum Schutz von Minderheiten. Heraus kam ein System der „separated institutions sharing powers“, welches – abgesehen von inneren oder äußeren Krisensituationen – lediglich inkrementellen Politikwandel zulässt. Im Zeitalter polarisierter und weitgehend kohärent abstimmender Kongressparteien kann dies jedoch auch zu Politikstau führen. Abgeordnete und Senator_innen bringen heute weniger Gesetze in den Kongress ein und verabschieden auch weniger. Der Grund hierfür liegt auch in der Hyperpolarisierung der Parteien. Dabei ist weniger problematisch, dass die Positionen der Parteien sehr weit auseinanderliegen, denn inhaltliche und ideologische Interessengegensätze bestanden immer. Vielmehr gestaltet sich der politische Aus- und Verhandlungsprozess heute zunehmend als Null-Summen-Spiel. Es werden meist Maximalforderungen formuliert und diese dann versucht, nach dem Grundsatz ‚either my way or the highway‘ durchzusetzen. Grundsätzlich fehlt es einer großen Zahl politischer Akteure in Washington, DC an Kompromissbereitschaft und -fähigkeit.

Insbesondere wenn Präsident und Kongressmehrheit unterschiedlichen Parteien angehören, gestaltet sich der Gesetzgebungsprozess noch komplexer. So zeichnen sich in der Präsidentschaft Barack Obamas gerade die Kongressmitglieder durch ihre Fundamentalopposition aus, die von Anhängern der Tea-Party unterstützt werden. Dabei verhalten sie sich – egal ob bei Fragen der Gesundheitsreform oder Einwanderung, Haushalts- oder Wirtschaftspolitik – jedoch weitestgehend responsiv gegenüber ihrer Wählerschaft. Aber auch in Zeiten gleichgerichteter parteipolitischer Kontrolle der Regierungszweige kann der Gesetzgebungsprozess zum Erliegen kommen. Der Grund hierfür liegt in der institutionellen Ausgestaltung des Senats, mit seinen auf die/den einzelne_n Senator_in zugeschnittenen Regeln und der de facto Notwendigkeit, bei nahezu allen Gesetzesvorlagen eine Supermajorität von 60 Stimmen zu erringen.

Zudem lassen sich auch andere politische Akteure wie Lobbygruppen oder Medien immer klarer dem einen oder anderen politisch-ideologischen Lager zuordnen. Gerade die Zahl der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen ist in den letzten Dekaden explosionsartig angestiegen, wobei allein in Washington, DC über 10.000 Lobbyisten registriert sind. Besonders schwerwiegend ist hier, dass die große Zahl sogenannter single-issue Gruppierungen die Partikularisierung der amerikanischen Gesellschaft widerspiegelt und befördert. Diese Organisa-

polis_3_14_018-020_Meueler.qxd 03.09.2014 18:07 Seite 20

tionen erhalten nicht nur partikularistische Zugänge zur politischen Arena und erweitern den demokratischen Raum, sondern verstärken vielmehr die politische Frontenbildung in Zeiten der Hyperpolarisierung. So kann jede Seite auf eine Vielzahl von Verbündeten zurückgreifen, um diese für Kampagnen für oder gegen ein Gesetz zu mobilisieren. Und dank der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs, wie in Citizen United vs FEC im Jahr 2010, können heute Interessengruppen als registrierte Super-PACs unlimitiert Geld in die Wahlkampfkassen der Politiker_innen pumpen.

Output-Dimension: Vertrauen in staatliche Institutionen und Responsivität

In einer liberal-repräsentativen Demokratie ist aber nicht nur entscheidend, wie der Prozess ausgestaltet ist, sondern auch welche Ergebnisse dabei erzielt werden. Diese output-Dimension wirkt gleich einer Feedback-Schleife auf die vorgelagerten Schritte des Politikprozesses. Ein Indikator für die Leistungen des Politikformulierungs- und Implementationsprozesses ist beispielsweise das Vertrauen der Bürger_innen in die staatlichen Institutionen. Hier zeigt sich ein paradoxes Bild: denn während die/der eigene Abgeordnete grundsätzlich positiv evaluiert wird, ist die Zustimmung zu den Institutionen in Washington, DC auf einen historischen Tiefstand gesunken. Dabei kann das Verhältnis des US-Bürgers zum Staat als durchaus ambivalent bezeichnet werden. Auf der einen Seite ist die US-Demokratie – wie andernorts auch – zu einem gewissen Grade Opfer ihres eigenen Erfolges geworden. So sind die Erwartungshaltungen in der Bevölkerung gegenüber den Problemlösungsfähigkeiten der politischen Institutionen und Akteure so groß, dass sie eigentlich nur enttäuscht werden können. Bestes Beispiel sind die enormen Hoffnungen auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Reformen, die mit der Amtsübernahme Barack Obamas verbunden waren. Dass dabei die Steuerungskompetenzen des Präsidenten auf nationaler wie internationaler Ebene nur sehr begrenzt sind, konnte diese hohen Ansprüche nur bedingt reduzieren. Andererseits ist die Abneigung und Skepsis gegenüber dem Polit-Establishment in Washington, DC nach wie vor tief im amerikanischen Bewusstsein verankert. Heute trauen nur noch ein Viertel der Amerikaner_innen ihrer nationalen Regierung zu, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig ist eine Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass ihre Repräsentant_innen korrupt sind, sich nicht für ihre Belange interessieren und nicht das Wohl aller Bürger_innen im Blick haben.

Das schwindende Vertrauen in die politische Elite des Landes ist ein Produkt aus überzogener Erwartungshaltung, politischer Dauerblockade und zahlreicher Skandale und Korruptionsfälle. Zusätzlich untermauern neuere empirische Studien die verbreitete Sichtweise der amerikanischen Bevölkerung, dass der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess nicht den Interessen der breiten Mehrheit dient. Demnach spiegeln Abstimmungen im Kongress oder Inhalte von Gesetzen überproportional stark die Präferenzen höherer Einkommensklassen und ressourcenstarker Interessengruppen wider. Interessen unterer Einkommensschichten finden hingegen wesentlich seltener Berücksichtigung und auch nur dann, wenn sie im Einklang mit den Präferenzen mittlerer und höherer Einkommensgruppen stehen.

Eine ungleiche Verteilung von (Macht)Ressourcen ist im Wesen der liberal-repräsentativen Demokratie begründet. Alexander Hamilton konstatierte in der amerikanischen Gründungsära, dass „all communities divide themselves into the few and the many. The first are rich and well-born, the other the masses of the people“. Aus der Perspektive pluralistischer Elitentheorien stellt dieser Bias kein Problem per se dar, solange einerseits der Zugang zu politischen und ökonomischen Eliten offen ist und andererseits fragmentierte Elitenzirkel mit unterschiedliche Interessen existieren, die untereinander im Wettbewerb stehen. Sobald jedoch die ungleiche Berücksichtigung gesellschaftlicher Präferenzen systemisch angelegt ist und sich systematisch im Politikformulierungsprozess niederschlägt, wird das demokratische Ideal des government for the people verletzt.

Krisengefühl und -rhetorik in den USA sind keine neuartigen Phänomene, sondern haben ihre Ursprünge im Ende des wirtschaftlichen Nachkriegsbooms, den gesellschaftlichen Umbrüchen und der politischen Ratlosigkeit der 1960er und 1970er Jahre. Auch wenn manche Einschätzungen, es handele sich bei den USA heutzutage um eine defekte Demokratie, in dieser Form sicher nicht haltbar sind, so sind ihre Defizite nichtsdestotrotz offensichtlich. Am schwersten wiegt hierbei sicherlich der ungleiche Zugang zum politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess, welcher am Ende des Entscheidungsprozesses zu unausgewogenen Politikresultaten führt. Dass dieses Problem allerdings nur auf die USA zutrifft, bleibt zu bezweifeln. Es kann grundsätzlich festgehalten werden, dass bei aller Krisenhaftigkeit die Idee der Demokratie in den USA unangetastet und alternativlos ist. Für eine überwältigende Mehrheit der US-Bürger ist die Demokratie immer noch die beste unter den schlechten Staatsformen.

◆

Literatur

APSA Task Force on Inequality and American Democracy, http://www.apsanet.org/content_2471.cfm [zuletzt 15.08.2014]

Gilens, M./Page, B. I.: Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. In Perspectives on Politics, Vol. 12, 2014. [im Erscheinen]

Mann, Th. E./Ornstein, N. J.: It's Even Worse Than It Looks. How the American Constitutional System Collided with the New Politics of Extremism. New York 2013.

Quirk, P. J./Lammert, Chr./Thunert, M.: 2014 United States Report. Sustainable Governance Indicators. Gütersloh 2014.

Siewert, M. B./Wagemann, C.: Demokratie in der Krise? Zur Demokratiequalität in den USA. In Lammert, Chr./Siewert, M. B./Vormann, B. (Hrsg.): Handbuch Politik USA. Wiesbaden 2015. [im Erscheinen]

polis_3_14_021_025_015_018.qxd 10.09.2014 14:39 Seite 21

Der US-Wohlfahrtsstaat im Unterricht

von *Julia Mertens*

Julia Mertens ist Lehrerin für Sozialwissenschaften und Englisch am Gymnasium der Gemeinde Kreuzau und aktiv an der Durchführung der jährlich stattfindenden Sommerakademie des Vereins „Ökonomie im Unterricht" in Bad Honnef beteiligt.

„The Uninsured are Turning against Obamacare." (Huffington Post, 26.2.14)

„Obamacare […] was never really about healthcare […]. It was about power, the expansion of government control […]. It was the high-water mark of an outdated liberalism, the latest attempt to impose upon Americans a euro-style bureaucracy to manage all aspects of their lives." (Republican Platform 2012)

Diese beiden Zitate sind nur zwei Beispiele von kritischen Meldungen zu Präsident Obamas jahrelangen Bemühungen, für alle US-Bürger eine verpflichtende Krankenversicherung durchzusetzen. Für uns Deutsche dagegen stellt die gesetzliche Krankenversicherung als eine der tragenden Säulen des Sozialstaates eine Selbstverständlichkeit dar. Berichte vom Widerstand vieler Amerikaner gegen die Einführung einer verpflichtenden Krankenversicherung und von der Tatsache, dass sich viele US-Bürger durch eine schwere Krankheit – oft trotz einer bestehenden Krankenversicherung – haushoch verschulden müssen und in Armut geraten, können dann bei uns den Eindruck erwecken, der Begriff *US Welfare State* sei Widerspruch in sich.

Tatsächlich ist dies aber nicht so. Es gibt den US-amerikanischen Wohlfahrtsstaat. Er ist nur anders als der deutsche Sozialstaat, denn er hat eine andere Geschichte und ihm liegt eine fundamental andere Denkweise zugrunde. Die Ziele dieses Artikels sind 1. den scheinbaren Widerspruch, den US-amerikanischen Wohlfahrtsstaat gäbe es nicht, aufzulösen und 2. zu zeigen, warum und wie der US-Wohlfahrtsstaat im sozialwissenschaftlichen Unterricht der Oberstufe thematisiert werden kann.

Aufbau und Prinzipien des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaates

Der dänische Sozialwissenschaftler Gøsta Esping-Andersen stellt in seiner Publikation *The Three Worlds of Welfare Capitalism* (1990) drei unterschiedliche Typen von Wohlfahrtsstaaten vor: das liberale, das konservative und das sozialdemokratische Regime. Seine Kriterien dafür sind z.B. das Ausmaß der Privatisierung im Vergleich zu staatlicher Fürsorge, das Ausmaß der Dekommodifizierung, aber auch die den Wohlfahrtsstaaten zugrundeliegenden Wertmaßstäbe. Nach Esping-Andersen fallen die USA in die Kategorie des liberalen Wohlfahrtsstaats: „Das liberale (oder angelsächsische) Wohlfahrtsstaatsmodell betont vor allem die Rolle

polis_3_14_021_025_015_018.qxd 10.09.2014 14:39 Seite 22

Overview of the US-WELFARE STATE				
Public Sector			Private Sector	
PUBLIC ASSISTANCE **means-tested**	**SOCIAL INSURANCE** **income independent, funded by workers' contributions**	**TAXATION**	**EMPLOYEE BENEFITS** **funded by businesses, federal/ state and local subsidies, employees**	**CHARITIES AND SOCIAL SERVICES** **funded by businesses, donations, federal/ state and local subsidies**
Examples of welfare programs	Examples of social security programs	Examples of taxation programs	Examples of Employee Benefits	
SSI (Supplemental Security Income) —> cash assistance for people aged 65 or older/ no or low ressources. Disabled children can also apply.	**OASDI (Old Age, Survivor and Disability Insurance)** —> pension scheme, assistance to employees who become disabled/ ill and therefore cannot work as much as before	**EITC (Earned Income Tax)** —> allowances on tax if income falls below a fixed level	**PENSION SCHEMES** —> paid for by both employer and employee —> business plans must fulfil federal legislation	
TANF (Temporary Assistance for Needy Families) —> max. of 5 years, beneficiaries are supposed to find a job	**UNEMPLOYMENT BENEFIT** —> temporary aid	**HOME MORTGAGE INTEREST DEDUCTION** —> home owners can apply for a lower tax rate to pay their interest on their homes	**HEALTHCARE INSURANCE** —> paid for by both employer and employee —> business plans must fulfil federal legislation	
MEDICAID —> medical assistance for people with no/ low incomes and ressources	**MEDICARE** —> provides for medical needs of persons aged 65 or older, regardless of income as well as of disabled people; recipients must have paid contributions for at least 10 years	**BUSINESSES GET DEDUCTIONS FOR PROVIDING SOCIAL WELFARE** —> i.e. businesses build social housing estates or offer medical insurance/ pension schemes to employees		
Underlying ideology: recipient of welfare lives at the expense of the state= un-American	***Underlying ideology: recipients have earned their benefits due to work or service to the American Nation***		***Underlying ideology: Helping the poor is motivated by religious belief, either to help them get back on the right track or to make oneself worthy to God and the Nation***	
PROBLEMS : US welfare state is neither purely public nor private ==> big or small government?/ Complicated as there are many different programs on federal, state and local level/ Provision of welfare mainly bound to employment/				
CHALLENGES: demographic change makes future funding insecure/ increase of less well-paid jobs (technological change, globalisation) so that people can't afford insurances/ workers change jobs more often that in the past —> lose coverage				

Überblick über den Aufbau des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaats, J. Mertens

des freien Marktes und der Familie. Es ist überwiegend steuerfinanziert, Transferleistungen sind i. d. R. bedürftigkeitsgeprüft. Die Anspruchsvoraussetzungen sind streng und die Leistungen niedrig". (Oschimanski/Kühl 2010)

Die Abbildung zeigt eine stark reduzierte Übersicht über den Aufbau und die Prinzipien des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaats. Er besteht aus zwei Säulen, dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Der öffentliche Sektor umfasst drei Bereiche, die Sozialhilfe (*public assistance*), die Sozialversicherungen (*social insurance*) sowie das Steuerwesen (*taxation*). Im Rahmen der Sozialhilfe gibt es finanzielle Unterstützung für bedürftige Rentner, Menschen mit Behinderungen oder Bedürftige ohne Einkommen (*SSI*). Zwei weitere Beispiele sind die Hilfen für bedürftige Familien (*TANF*) sowie die medizinische Notversorgung durch *Medicaid*. Der Leistungserwerb in diesen Bereichen unterliegt strengen Bedürftigkeitsprüfungen und wird oft nur temporär gewährt. Dem liegt die Haltung des *amerikanischen Individualismus* zugrunde: Der „schlanke Staat", der sich auf das Funktionieren des Wettbewerbs auf dem freien Markt verlässt, einerseits und das unantastbare Recht auf Freiheit des Einzelnen andererseits führen beim einzelnen Bürger zu der Überzeugung, *dass jeder für seinen individuellen Erfolg, aber auch sein individuelles Scheitern selbst verantwortlich ist*. Nach diesem Verständnis lebt der, der Fürsorgeleistungen bezieht, auf Kosten der Gemeinschaft, ohne aber Leistungen für die Gemeinschaft zu erbringen. Aus diesen Gründen ist der Begriff *welfare* im Amerikanischen negativ besetzt; im konservativen Parteienspektrum wird der Begriff sogar mit dem Sozialismus assoziiert (Katz 2004, S. 403).

Neben der Sozialhilfe gibt es die staatliche Sozialversicherung, die eine temporäre Arbeitslosenversicherung, eine Rente und eine Krankenversicherung durch *Medicare* beinhaltet. Hier haben aber die Empfänger ihr Recht auf Sozialversicherungsleistungen durch Erwerbsarbeit oder Staats- bzw. Militärdienst abgegolten. Sie haben durch eine Erwerbstätigkeit dafür gesorgt, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren können und einen Anteil ihres Einkommens in die Sozialversicherung eingezahlt. Insofern sind sie ihrer individuellen *Verantwortung für ihr eigenes Glück* nachgekommen. Ähnliches gilt für ehemalige Militärs, die aus US-amerikanischer Sicht ihr Leben zum Schutze der Nation eingesetzt und sich damit Unterstützung durch den Staat verdient haben.

Die staatlichen Steuervergünstigungen, der dritte große Bereich des öffentlichen Sektors, sollen vor allem Unternehmen Anreize bieten, private Vorsorge-und Versicherungsleistungen für ihre Mitarbeiter bereit zu stellen. So wird der private Sektor staatlich subventioniert und bewusst vergrößert. Daneben gibt es u.a. Steuererleichterungen für

polis_3_14_021_025_015_018.qxd 10.09.2014 14:39 Seite 23

niedrige Einkommen (*EITC*), die vor allem zur Reduzierung von Kinderarmut beitragen sollen (ebd., S. 405).

Obwohl der öffentliche Sektor in der Übersicht größer wirkt als der private, spielt letzter eine wesentlich wichtigere Rolle in den USA. Die eigentliche Absicherung für Notlagen geschieht vor allem durch die privaten Versicherungsangebote der Unternehmen für ihre Mitarbeiter. Einerseits gibt es Betriebsrenten, die in der Regel vom Arbeitsgeber und vom Arbeitnehmer zusammen finanziert werden. Ähnlich ist das Prinzip bei der Krankenversicherung. Das bedeutet aber, dass Angestellte bei einem Jobwechsel unter Umständen ihre Rentenansprüche oder ihre Krankenversicherung verlieren können, was wiederum zu einer Unterversicherung führt. Brüche in den Erwerbsbiografien häufen sich auch in den USA. Die Konsequenzen für den Betroffenen bedeuten im schlimmsten Fall Armut im Alter durch den Verlust der Betriebsrente oder durch Krankheit, für deren Behandlung keine Krankenversicherung aufkommt. In diesem Zusammenhang wird deutlich, wie stark die Absicherung von Lebensrisiken an eine Erwerbstätigkeit gekoppelt ist (ebd., S. 407). Und es wird deutlich, welche Rolle die Wohltätigkeitsorganisationen, Kirchen und das große bürgerschaftliche Engagement für den Anderen in den USA spielen: Ohne sie wären viele Menschen völlig mittellos und auf sich allein gestellt.

Wie lassen sich dieses übermäßige bürgerschaftliche Engagement durch Einzelne, Wohltätigkeitsorganisationen und Sozialdienste in den Vereinigten Staaten erklären, wenn doch jeder, wie oben erläutert, *seines Glückes Schmied ist*? Petra Krimphove begründet das Engagement nicht nur mit den Prinzipien der US-amerikanischen Verfassung, sondern auch mit der starken Religiosität im Land. Damit zeigt sie auch, dass Esping-Andersens Typologie nicht ausreicht, um die Ausgestaltung einzelner Wohlfahrtssysteme zu erklären (Krimphove 2004/05, S.12). Sie argumentiert, dass die USA vom Calvinismus der ersten Siedler stark geprägt seien, der wiederum eine „strikte Trennung von Staat und Kirche [vorsah und daraus folgend] gemeinschaftliche Selbsthilfe […] als Gegenprogramm zum Staat“ betont (ebd.). Die Überzeugung von der Notwendigkeit eines „schlanken Staates“, führe dazu, dass die dadurch entstehenden Freiräume durch das Engagement des einzelnen Bürgers gefüllt werden müssen. Die Betonung der individuellen Freiheiten in den USA führe auch dazu, dass jeder Bürger eine größere Verantwortung für sich, aber auch die Gemeinschaft verspüre (ebd., S.14). Für den Wohlfahrtsstaat bedeutet dies, dass er – konsequent gedacht – aus amerikanischer Perspektive gar nicht gewollt sein kann. Es besteht der Glaube, dass jeder Mensch seinen Möglichkeiten entsprechend seine Lebensumstände selbstständig verbessern kann.

Vergleichen wir den deutschen Sozialstaat mit dem amerikanischen Wohlfahrtsstaat, können wir feststellen, dass es trotz der fundamentalen Unterschiede in der Ausgestaltung auch Parallelen zum anderen System gibt: Der US-Wohlfahrtsstaat ist wie der deutsche Sozialstaat auf mehreren Säulen aufgebaut. Einzelne Bestandteile wie die Sozialversicherung oder die Sozialhilfe werden nach ähnlichen Kriterien gewährt wie in Deutschland. Die gesellschaftspolitischen Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat in den USA sind die gleichen, mit denen wir in Deutschland zu kämpfen haben. Dafür sind der demografische Wandel und die Brüche in den Erwerbsbiografien nur zwei Beispiele. Die sich daraus ergebenden Reformvorhaben sind stellenweise im selben Jahrzehnt und aus ähnlichen Motiven durchgeführt worden. So reformierte z.B. Bill Clinton die Sozialversicherung und Sozialhilfe fast zeitgleich zu Gerhard Schröders Agenda 2010 (Katz 2004, S. 410). Um die öffentlichen Kassen zu entlasten, sollen die Bürger (noch) mehr Eigenverantwortung für ihre persönlichen Lebensrisiken übernehmen. Die staatlichen Leistungen werden abgebaut, zur vermehrten privaten Vorsorge wird aufgerufen, und diese wird staatlich gefördert. Die Dominanz des privaten Sektors in den USA bleibt aber im Vergleich mit dem privaten Sektor in Deutschland bestehen.

Es gibt ihn also, den US-amerikanischen Wohlfahrtsstaat, auch wenn alle Akteure immer wieder versuchen, ihn so klein wie notwendig zu gestalten. Der Anspruch auf Sozialleistungen wird streng geprüft und nur wenigen Personengruppen gewährt. Welche und wie viele Leistungen notwendig zur Vermeidung von Armut sind, ist ständig Gegenstand heftig geführter politischer Kontroversen. Auch der stark ausgeprägte amerikanische Föderalismus trägt dazu bei, dass es nur eine sehr begrenzte Anzahl wohlfahrtsstaatlicher Instrumente gibt, die auf Bundesebene angesiedelt sind. Den Einzelstaaten werden dagegen für die Ausgestaltung und die Kriterien der Bedürftigkeitsprüfung bzw. Leistungsbemessung viele Befugnisse erteilt. Das macht den Wohlfahrtsstaat in den USA zusätzlich kompliziert und unübersichtlich. Katz argumentiert aber, dass der Wohlfahrtsstaat trotz seiner Schwächen auch viele positive Errungenschaften vorweisen könne, „z.B. die Verringerung der Altersarmut, die Milderung von Härten von Arbeitslosigkeit oder die Bereitstellung von […] Renten und Gesundheitsleistungen für Millionen regulär Beschäftigter“ (ebd., S.408).

Der US-Wohlfahrtsstaat als Thema im Unterricht

Didaktische Überlegungen

Der Vergleich des amerikanischen Wohlfahrtssystem mit dem deutschen und weiteren Sozialstaaten im Sozialwissenschaftsunterricht der Oberstufe ist lohnenswert, da die Schüler „anhand einer wissenschaftlichen Systematisierung unterschiedliche Varianten der Gestaltung von Wohlfahrtsstaaten die Möglichkeit [bekommen können], andere wohlfahrtsstaatliche Ordnungen mit dem bundesdeutschen System zu vergleichen und verschiedene ‚Denkrichtungen‘ in Bezug auf soziale Sicherung zu unterscheiden, in aktuellen Diskussionen wiederzuerkennen und einen begründeten eigenen Standpunkt zu grundlegenden Fragen der Gestaltung sozialer Ordnungen zu entwickeln“ (Arnold et.al. 2013, S.76).

Im Anschluss an einen Systemvergleich können kritische Aspekte herausgearbeitet werden: Welche *Probleme* können sich für den Einzelnen, der sich in diesem System wiederfindet, ergeben? Hier könnte auf die problematische die Kopplung von Leistungen an

polis_3_14_021_025_015_018.qxd 10.09.2014 14:39 Seite 24

eine Erwerbstätigkeit eingegangen werden, aber auch die darüber hinaus zielende Frage behandelt werden, wie *„Bürgerstatus"* überhaupt definiert werden kann bzw. von welchem Bürgerleitbild ausgegangen wird (Katz, S. 415). Dies bietet Raum für eine spannende Diskussion, da in den USA von jedem Bürger erwartet wird, dass er sich seinen Möglichkeiten entsprechend in das Gemeinwesen einbringt, individuell für sich selbst und auf diese Weise auch für das Wohlergehen der Nation sorgt. Was aber ist mit den Menschen, die das nicht können? Sind sie gleichwertige Bürger, oder werden sie als Bürger 2. Klasse wahrgenommen? Welche Rechte haben sie bzw. sollen sie haben? Und welche Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben ist dann überhaupt noch möglich (ebd., S. 214-215)?

Ein anderes Argument, den US-amerikanischen Wohlfahrtsstaat im Unterricht der Oberstufe zu thematisieren, ist die Tatsache, dass z.B. im Englischunterricht der *American Dream* und die globale Rolle der USA ausführlich behandelt werden. Einzelne Konzepte wie das der *City upon a Hill*, das den amerikanischen Exzeptionalismus begründet, sowie das Konzept der *Frontier*, das die gefühlte grenzenlose Freiheit der USA beschreibt, sind den Schülern zumeist bereits bekannt. Ihre im Englischunterricht gewonnenen Erkenntnisse können die Schüler bei der Analyse des Aufbaus und der zugrundeliegenden Ideologie des Wohlfahrtsstaates der USA konkret anwenden.

Alle Quellen zum *American Dream* werden im Englischunterricht im Original gelesen und analysiert. Deshalb sollte es für die Lernenden mit der entsprechenden Unterstützung gut möglich und spannend sein, den Themenkomplex *US-Welfare State* auch im sozialwissenschaftlichen Unterricht in der Fremdsprache zu bearbeiten: Im Vergleich der beiden Systeme Deutschland und USA tauchen z.B. Begrifflichkeiten auf, die entweder nur in einer Sprache existieren oder trotz gleichen Wortes eine ganz andere Bedeutung haben. So ist beispielsweise das deutsche Wort *Sozialneid* im Amerikanischen unbekannt, da es nach amerikanischem Verständnis gar keinen Sozialneid geben kann (vgl. Krimphove 2004/05, S. 9). Besonders spannend ist auch die Betrachtung des Begriffs *Liberalismus/liberalism*. Assoziieren wir in Deutschland mit dem Begriff *Liberalismus* zunächst eine an Marktgesetzen orientierte Politik, die einen schlanken Staat und damit wenig Staatsleistungen für den Einzelnen zum Ziel hat wie auch die Freiheit des Bürgers in den Vordergrund stellt, so gelten die *liberals* in den Vereinigten Staaten als sozialdemokratisch, wenn nicht sogar kommunistisch. Das, was wir in Deutschland als *liberal* verstehen, nennt sich in den USA *libertarian*. Die Zweisprachigkeit ermöglicht den Lernenden durch die zusätzliche intensive sprachliche Auseinandersetzung mit derartigen Konzepten ein vertieftes Verständnis kultureller Unterschiede und fördert gleichzeitig das Interesse sowie die Akzeptanz des Anderen.

Methodische Überlegungen

Die Lernenden können zunächst eine Übersicht zu Esping-Andersens Typologie von Wohlfahrtsstaaten erarbeiten, „weil sowohl aktuelle wie auch absehbare künftige Entscheidungsfragen im Bereich der Sozialpolitik sich vielfach auf darin gut erkennbare grundlegende Aspekte zurückzuführen lassen" (Arnold et. al. 2013, S. 80). Ziel dabei sollte es sein, den Schülern auf diese Weise einen „didaktischen Kompass" in die Hand zu geben, mit dessen Hilfe sie beispielsweise Reden zu Reformen des Wohlfahrtsstaats oder konkrete Reformvorschläge in das politische Spektrum einordnen können, also „die Denkmuster, die den aktuellen Reformvorschlägen zugrunde liegen" (ebd., S. 81) herausarbeiten, beurteilen und ggf. sogar eigene Reformvorschläge differenzierter begründen können.[1]

Passende Unterrichtsmaterialien zu finden, die den gesamten US-Wohlfahrtsstaat schülergerecht aufbereiten, ist schwierig. Zudem ist es aufgrund der Komplexität des Systems kaum sinnvoll, von Schülern eine Detailkenntnis und die fundierte Beurteilung desselben zu erwarten. Die aktuelle Diskussion um Präsident Obamas Gesundheitsreform bietet eine gute Möglichkeit der didaktischen Reduktion. Im Zentrum der Reform steht das *individual mandate*[2], das bedeutet, dass jeder Amerikaner bis zum 1. April 2014 eine Krankenversicherung abgeschlossen haben musste. Andernfalls zahlt er eine Strafe. Unternehmen müssen, bis auf wenige Ausnahmen, ihren Angestellten eine bezahlbare Krankenversicherung anbieten. Die Versicherer selbst werden verpflichtet, jeden Bürger ohne Gesundheitsprüfung aufzunehmen. Eine Deckelung der Leistungen ist nicht mehr zulässig.[3] Eine Analyse der folgenden Texte zur Gesundheitsreform bietet sich im Unterricht an:

Die Schüler analysieren zwei Ausschnitte der Rede Präsident Obamas an den Kongress zur Gesundheitsreform im September 2009 (Obama 2009). Esping-Andersens Typologie kann hierbei als Analyseinstrument angewendet werden. Im ersten Abschnitt[4] beschreibt und verteidigt Obama die Notwendigkeit einer verpflichtenden Krankenversicherung für alle. Er betont die individuelle Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft: Nur wenn sich jeder Bürger um seine Gesundheit kümmert und die Verantwortung dafür durch den Abschluss einer Krankenversicherung übernimmt, werden die Kosten für die Allgemeinheit reduziert. Im zweiten Abschnitt[5] stehen die Grundwerte der Amerikaner – Selbstständigkeit, Individualismus, Verteidigung der Freiheit und die Skepsis gegenüber der Regierung – im Vordergrund.

Mit Hilfe zweier ZEIT-Artikel (Buchter 2009, Schröder 2014) lassen sich die Entwicklung von *Obamacare* beschreiben: Standen im Jahre 2009 noch sehr viele Menschen der Reform skeptisch gegenüber, so lässt sich im Jahre 2014 erkennen, dass viele Amerikaner die Neuerungen angenommen haben. Selbstverständlich wird die Reform von Seiten der Republikaner immer noch deutlich kritisiert, aber erste Zahlen scheinen – nach dem schwierigen Start – darauf hinzudeuten, dass die Reform ein Erfolg werden kann.

In seinem Kommentar befürwortet Paul Krugman (Krugman 2014) staatliche Fürsorgeleistungen. Der Sichtweise, jeder Amerikaner habe dieselben Möglichkeiten, durch Anreize und Arbeit für sich selbst zu sorgen, widerspricht er deutlich. Der Text eignet sich gut, die Unterschiede der liberalen und

polis_3_14_021_025_015_018.qxd 10.09.2014 14:39 Seite 25

konservativen Denkweisen in den USA herauszuarbeiten.

Fazit

Das Schülerinteresse an den USA und ihrer Politik und Kultur ist erfahrungsgemäß sehr groß. Viele Trends der Jugendkultur werden aus den USA übernommen, gleichzeitig kann man aber auch beobachten, dass viele Schüler sich gerade im Zusammenhang mit dem globalen Auftreten der USA (Stichworte *NSA* oder Kriege im Irak und Afghanistan) oft unreflektiert kritisch äußern. Diese Kritik hat stellenweise sicherlich ihre Berechtigung, aber ist es nicht wünschenswert, wenn ihre Kritik fundierter und Kriterien geleiteter würde? Indem sich die Lernenden intensiv mit dem US-Wohlfahrtsstaat und den zugrundeliegenden Werten befassen, ihr Wissen über die USA aus den anderen Fächern konkret anwenden, lernen sie auch, das Verhalten der USA besser nachzuvollziehen. Das heißt natürlich nicht, dass sie es immer gutheißen müssen, aber sie müssen sich mit ihrem eigenen Wertekonstrukt auseinandersetzen und lernen, ihre Kritik vor diesem Hintergrund zu reflektieren. ◆

Anmerkungen

1 Ein konkreter Unterrichtsvorschlag und ausgearbeitete Unterrichtsmaterialien finden sich bei Arnold et al. 2013.
2 http://obamacarefacts.com/obamacare-individual-mandate.php, letzter Zugriff 21.8.2014
3 http://obamacarefacts.com/whatis-obamacare.php, letzter Zugriff 21.8.2014
4 1. Abschnitt der Rede von „The plan I'm announcing tonight would meet three basic goals […]" bis "Improving our healthcare system only works if everybody does their part."
5 2. Abschnitt der Rede von „Everyone in the room knows what will happen if we do nothing." bis Ende der Rede.

Protestkundgebung vor dem Capitol in Washington gegen die geplante Gesundheitsreform am 12. September 2012.

Foto: wikimedia/commons

Literatur

Arnold, W. Mertens, J., Schultes, M.: When in Sweden do as The Americans do? –Wohlfahrtsstaaten im internationalen Vergleich und die Reformdiskussion in Deutschland. In: Jacobs, H. (Hgg.): Der Sozialstaat auf dem Prüfstand – Zehn Unterrichtsvorschläge für den Politik- und Ökonomieunterricht. Schwalbach/Ts. 2013, S. 75–85.

Esping-Andersen, G., Myles, J.: The Welfare State and Redistribution. Unveröffentlichter Artikel auf http://dcpis.upf.edu/~gosta-esping-andersen/materials/welfare_state.pdf, letzter Zugriff am 18.07.2014.

Katz, M.: Der US-amerikanische Wohlfahrtsstaat: Strukturen und Trends. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 136, 34. Jg., 2004, S. 401–416.

Krimphove, P.: Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat: ein Vergleich zwischen Deutschland und den USA. Berlin 2004-2005. http://csn.uni-muenster.de/Uni-Site%20Plus/zimmer/krimphove_buerg%20engagement%20deut%20usa.pdf, letzter Zugriff am 18.07.2014.

Oschimanski, F., Kühl, J.: Wohlfahrtsstaatliche Grundmodelle. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Arbeitsmarktpolitik, Bonn 2010. http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55072/wohlfahrtsstaatliche-grundmodelle?p=all, letzter Zugriff 23.08.2014.

Social Security Administration- Office of Research, Evaluation and Statistics: Social Security Programs in the United States. SSA Publication No. 13-11758, July 1997.

Literaturhinweise zur Unterrichtsgestaltung

Buchter, H.: Die Angst vor der Solidarität. In: Zeit Online, 15. Oktober 2009. http://www.zeit.de/2009/43/Health-Care, letzter Zugriff am 21.8.2014

Krugman, P.: Inequality is a Drag. In: New York Times, 7. August 2014, http://www.nytimes.com/2014/08/08/opinion/paul-krugman-inequality-is-a-drag.html?_r=0, letzter Zugriff am 21.8.2014.

Obama, B.: Speech to Congress on Health Reform, September 9th, 2009. http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-to-a-Joint-Session-of-Congress-on-Health-Care. Letzter Zugriff am 18.07.2014.

Schröder, T.: Das Comeback von Obamacare. In: Zeit Online, 16. Mai 2014, http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-05/obamacare-gesundheitsreform-usa, letzter Zugriff 22.8.2014.

polis_3_14_026_027_Meueler.qxd 11.09.2014 10:35 Seite 26

Impuls

Entwurf eines Positionspapiers der DVPB

Seit ihrer Gründung im Jahr 1965 engagiert sich die DVPB für eine Stärkung der Politischen Bildung an Schule, Hochschule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Um das Leitbild und das Selbstverständnis unseres Fachverbandes zu konkretisieren, hat der Bundesvorstand unter Initiative von Prof. Dr. Sibylle Reinhardt einen Vorschlag für ein Positionspapier erarbeitet.

Der Entwurf wurde auf der Sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes in Hustedt beraten und soll bis zum 13. Bundeskongress Politische Bildung (19.-21. März 2015 in Duisburg) in eine abschließende Fassung gebracht werden.

Der nachfolgende Abdruck des in Hustedt diskutierten Entwurfs soll jedem Mitglied der DVPB die Möglichkeit geben, an der Beratung des Positionspapiers teilzuhaben. Vorschläge zur Änderung oder zur Ergänzung können bis Montag, den 08. Dezember 2014 unterbreitet werden. Da ich in meiner Funktion als Assistent des Bundesvorstandes die Sammlung der Rückmeldungen übernommen habe, bitte ich Sie darum, sich mit Ihrer entsprechenden Nachricht ggf. an mich zu wenden (m-p.haarmann@ipw.uni-hannover.de).

Auf Grundlage der eingehenden Rückmeldungen sowie den Ergebnissen der Beratung auf der Sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes in Hustedt wird der Bundesvorstand die Entwurfsfassung einer abschließenden Überarbeitung unterziehen und das Resultat als Positionspapier der DVPB verabschieden.

Moritz Peter Haarmann

Politische Bildung für die Demokratie: Positionspapier der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (Entwurfsfassung)

Notwendigkeit Politischer Bildung

(1) Demokratie setzt die Politische Bildung des Souveräns voraus. Ohne die Politische Bildung seiner Bürgerinnen und Bürger achtet der demokratische Staat sich selbst und seine Tradition gering.

(2) Demokratische Werte, Normen und Institutionen bedürfen der fortlaufenden kritischen Reflexion von Anspruch und Wirklichkeit durch politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger.

(3) Politische Bildung ist in einer Demokratie gesellschaftliche Allgemeinbildung.

Charakteristika Politischer Bildung

(4) Als gesellschaftliche Allgemeinbildung ist Politische Bildung interdisziplinär ausgerichtet. Die anspruchsvolle Lernaufgabe, gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und rechtliche Zusammenhänge zu erfassen, darf nicht den Lernenden aufgebürdet werden.

(5) Politische Bildung orientiert sich an den Grundsätzen des „Beutelsbacher Konsens“: Überwältigungsverbot, Kontroversgebot, Förderung der Partizipationsfähigkeit der Lernenden.

(6) Die Befähigung des Einzelnen zu einer reflektierten und selbstbestimmten Teilhabe am öffentlichen Leben umfasst ethisch-politisches Urteilen und politisches Handeln.

(7) Politische Bildung ist Bildung zur Kritik- und Konfliktfähigkeit. Soziales Lernen und politisches Lernen sind zu unterscheiden und zu verknüpfen.

(8) Politische Bildung vertritt die Sache aller. Sie braucht deshalb den Rückhalt der Allgemeinheit.

polis_3_14_026_027_Meueler.qxd 11.09.2014 10:35 Seite 27

Bildungspolitische Forderungen

(9) Politische Bildung muss in allen Bildungs- und Ausbildungsgängen verankert werden (Schulen, Hochschulen, Jugend- und Erwachsenenbildung, Aus- und Weiterbildung).

(10) Die Förderung umfassender gesellschaftlicher Mündigkeit gehört zum Kern des Bildungsauftrages der allgemeinbildenden Schulen. Um diesem Bildungsziel gerecht zu werden, bedarf es eines Unterrichtsfaches der Politischen Bildung, das durchgängig mit mindestens zwei Wochenstunden unterrichtet wird.

(11) Die Zersplitterung des gesellschaftlichen Lernens in mehrere Unterrichtsfächer (von Arbeitslehre oder Wirtschaft über Sozialkunde bis zur Verbraucherbildung) führt zum Aufbau von zusammenhanglosem und trägem Wissen und provoziert Ein-Stunden-Fächer und fachfremd erteilten Unterricht. Stattdessen bedarf es der Durchsetzung eines integrierenden Kernfachs der Politischen Bildung.

(12) Politische Bildung braucht die Hilfe didaktischer Forschung für die Entwicklung und Evaluation von Lehrkonzepten und benötigt deshalb ein unabhängiges, forschungsorientiertes Institut für die Didaktik der Demokratie.

(13) Hochschulen müssen Verantwortung für die Politische Bildung ihrer Studierenden übernehmen. Hier herrscht dringender Entwicklungsbedarf.

Termine

Vormerken! 13. Bundeskongress Politische Bildung

Der 13. Bundeskongress für Politische Bildung findet vom Donnerstag, den 19. März bis Samstag, den 21. März 2015 in Duisburg statt. Das Schwerpunktthema lautet: „Asymmetrien in der Demokratie".

Veranstaltet wird der Kongress gemeinsam von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und dem Bundesausschuss Politische Bildung (bap). In der kommenden Ausgabe der POLIS (Heft 4-2014) wird ausführlich über Programm und Anmeldungsmodalitäten informiert.

OKTOBER 2014

Schleswig-Holstein

Lehrerfortbildungsseminar zum Themenfeld „Sozialpolitik" (in Kooperation mit dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein)
Anfang Oktober (Termin und Veranstaltungsort auf Nachfrage beim Landesverband)

NOVEMBER 2014

Sachsen-Anhalt

Politiklehrertag 2014, Thema: Die Ukrainekrise – sehen/beurteilen/handeln?
07.11.2014
Magdeburg: Tagungsraum des Sozialministeriums

Schleswig-Holstein

Lehrerfortbildungsseminar „Die Welt auf dem Weg in die Konfrontation?" (in Kooperation mit dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein).
10.11.2014
Kiel: Hermann-Ehlers-Akademie

Thüringen

Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung, Thema: „Thüringen hat gewählt – Analysen und Perspektiven zur Landtagswahl 2004" (angefragt werden die Fraktionsvorsitzenden des am 14. September gewählten Thüringer Landtags).
11.11.2014,
Beginn: 18:30 Uhr
Jena: Friedrich-Schiller-Universität

polis_3_14_028_030_Entwurfverband_05-09.qxd 10.09.2014 14:41 Seite 28

Berichte

Nordrhein-Westfalen

Landesverband kritisiert Situation der PolitiklehrInnenausbildung für Berufskollegs

Die Umstellung auf das Bachelor-Mastersystem an deutschen Universitäten hat die ohnehin schwierige Ausbildungssituation für das Lehramt Politik bzw. Wirtschaftslehre/Politik an Berufskollegs noch weiter verschlechtert. Immer mehr Universitäten, die bisher die Studiengänge angeboten haben, streichen die Ausbildungsgänge, z.B. Dortmund und Duisburg/Essen.

Zahl der Studienabsolventen weit unter Bedarf

Das unzureichende Ausbildungsangebot an den nordrhein-westfälischen Hochschulen führt dazu, dass die Studiengänge Politik bzw. Wirtschaftslehre/Politik als Studienfächer von Lehramtsstudierenden kaum noch gewählt werden (können). Nach unseren statistischen Erhebungen absolvieren, ausgehend von den Durchschnittswerten für das 1., 3. und 5.Semester (= 168 ÷ 3, siehe Tabelle unten) nur 56 Studierende pro Jahr ein Studium für der Studienrichtung Wirtschaftslehre- und Politiklehrer. In dieser Rechnung sind keine Studienabbrecher/innen berücksichtigt. Selbst wenn alle, die ein Studium für die Studienrichtung Wirtschaftslehre- und Politiklehrer absolvieren, in das Referendariat mit den Unterrichtsfächern WL/Politik bzw. Politik für das Lehramt Berufskolleg in Nordrhein Westfalen einmünden würden, können nicht alle im Stellenplan ausgewiesenen Stellen fachgerecht besetzt werden. Nur 6,3 % der Referendare in Nordrhein Westfalen haben diese Fachrichtung, aber gemäß den NRW-Lehrplänen decken die beiden Fächer Wirtschaftslehre und Politik circa 10% des Unterrichtsstundenumfangs am Berufskolleg ab.

Es ist bekannt, dass vielfach Lehrkräfte an Berufskollegs für das Unterrichtsfach „Politik“ eingestellt werden, die über die Qualifikation für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen verfügen. Grundsätzlich begrüßen wir die Bemühungen, dass über diesen Weg Lehrkräfte mit einer fachlichen und fachdidaktischen Qualifikation eingestellt werden. Diese sind aber mit der berufsschulspezifischen Lernfelddidaktik nicht vertraut. Fortbildungsangebote für Lehrkräfte mit diesem Ausbildungsprofil werden kaum unterbreitet. Es besteht auch nicht die Möglichkeit, dass Studierende des Lehramtes Gymnasium/Gesamtschule ihr Referendariat an Zentren für schulpraktische Studien für Berufsschulen absolvieren können.

Der Anteil des nicht „fachgerecht“ erteilten Unterrichts liegt nach unseren Recherchen trotz der oben skizzierten Maßnahme an manchen Berufskollegs dennoch bei bis zu 80 Prozent.

Angesichts der sozioökonomischen Zusammensetzung der Schülerschaft (hoher Anteil von Lernenden aus „politikdistanzierten“ Familien, hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit familiären Migrationshintergrund) und des empirisch in der der politischen Sozialisationsforschung gut belegten Bedürfnisses der Schülerinnen und Schüler nach gesellschaftlichem Orientierungswissen in der beruflichen Eingangsphase, wird gerade den Schülern und Schülerinnen an Berufsschulen ein fachgerechter Unterricht verwehrt, die am dringendsten auf ihn angewiesen sind.

Empfehlung der Tenorth-Kommission

Mit Besorgnis nehmen wir daher zu Kenntnis, dass im Gutachten der Tenorth-Kommission (Studie einer ministeriell beauftragten Expertenkommission zur Lehrkräfteversorgung an Berufskollegs unter Leitung des emeritierten Erziehungswissenschaftlers Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Elmar Tenorth) empfohlen wird, in Zukunft das Studium für das Lehramt an Berufsschulen nur noch in Kombination mit einem beruflichen Unterrichtsfach zuzulassen. Der allgemeinbildende Bereich würde durch dies Maßnahme weiter zurückgedrängt und damit die erfolgreiche Kultur des deutschen Berufsschulsystems, das eine Integration und Verschränkung von allgemein- und berufsbildenden Lernen beinhaltet, substanziell geschwächt.

Die DVPB NW hat sich in zwei Schreiben an das Schulministerium gewandt und auch das Wissenschaftsministerium angeschrieben. Von Seiten der Gruppe „Lehrerbildung“ im MSW wird die Einschätzung der DVPB NW gestützt.

Sven Brehmer, Rainer Schiffers, Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Fachgruppe Berufskolleg der DVPB Nordrhein-Westfalen e.V.)

Tabellarische Übersicht: Studierende der Studiengänge Wirtschaftslehre/Politik und Politik in NRW für das Berufskolleg im Wintersemester 2013/14.

Universität	Wirtschaftslehre/Politik				Politik (geht nur gemeinsam mit LA Wirtschaftswissenschaften=)			
BA Lehramt	1. Semester	3. Semester	5. Semester	∑ Semester	1. Semester	3. Semester	5. Semester	∑ Semester
RWTH Aachen	5	5	0	10	12	11	8	31
Universität zu Köln	–	–	–	–	20	6	2	28
West. Wilhelms-Univ. Münster Plus 22 Studierende im MEd	10	7	5	44	–	–	–	–
Universität Siegen	21	24	10	55	–	–	–	–
Bergische Univ. Wuppertal Plus 20 Studierende im MEd	7	7	8	40	–	–	–	–
Gesamt WL/WPolitik	43	43	23					
Plus Gesamt „Politik“	32	17	10					
∑ WL/Politik & Politik	75	60	33					

polis_3_14_028_030_Entwurfverband_05-09.qxd 10.09.2014 14:41 Seite 29

Thüringen

Landesverband bezieht Stellung zu geplanten Veränderungen der FachlehrerInnenausbildung

Dem Landesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung Thüringen liegt ein Papier zur „Fächerkombination in der zukünftigen Lehrerausbildung in Thüringen“ vor, das auch die Lehramtsausbildung im Fach Sozialkunde betrifft. Hierin wird u.a. angestrebt, die Doppelfachausbildung für Studierende im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich umfassend einzuschränken. Insbesondere komplementäre Fächerkombinationen zur Sozialkunde (u.a. Geschichte, Wirtschaft/Recht, Geografie, Ethik/Philosophie an Gymnasien und Geschichte, Geografie, Ethik/Philosophie an Regelschulen) wären demnach ausgeschlossen.

Zu befürchten ist, dass die geplanten Kombinationsverbote zu Lasten der Ausbildung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern in Thüringen gehen: Die geplanten Einschränkungen machen das Lehramtsstudium im Fach Sozialkunde unattraktiv, da fächerübergreifende Synergieeffekte verhindert werden. Dies ist einer engagierten, motivierten und wissenschaftlich fundierten Ausbildung angehender Sozialkundelehrerinnen und -lehrer nicht dienlich.

Als Interessenvertretung der Politischen Bildung im Bundesland hat sich der Landesverband daher in einer öffentlichen Stellungnahme entschieden gegen diese Pläne ausgesprochen.

Kritisiert wurde, dass die geplanten Kombinationsvorschriften die ohnehin prekäre Situation der schulisch vermittelten Politischen Bildung in Thüringen weiter verschärfen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass eine entsprechende Bildungspolitik in eklatantem Widerspruch zur Förderung der bürgerlicher Mündigkeit steht, wie sie durch Artikel 22 der Thüringer Verfassung präskribiert wird.

Der Landesvorstand

Feierliche Verleihung des Abiturpreises

Am 8. Juli 2014 verlieh der Landesverband Thüringen im Thüringer Landtag den diesjährigen Abiturpreis. Mit diesem Preis werden herausragende Leistungen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich des Gymnasiums und ein besonderes ehrenamtliches Engagement der Abiturienten gewürdigt. In diesem Jahr entschied sich die Jury für zwei Bewerbungen. Den ersten Preis erhielt Jörg Andreas Müller vom Albert-Schweitzer-Gymnasium aus Ruhla, den zweiten Preis bekamen Patricia Kruse und Mattea Cordier von der Bergschule St. Elisabeth in Heiligenstadt.

Zur feierlichen Verleihung hatten sich neben dem DVPB-Vorstand aus Thüringen die Landtagspräsidentin Birgit Diezel, der Direktor des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung (ThILLM) Dr. Andreas Jantowski sowie der Präsident der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung Franz-Josef Schlichting eingefunden. Alle würdigten in kurzen Ansprachen die Leistungen der Preisträger und stellten die große Bedeutung ihres Engagements für die Gesellschaft heraus.

Prof. Dr. Michael May vom Landesvorstand der DVPB Thüringen verlas folgende Laudationes:

„Der erste Preisträger Jörg Andreas Müller ist musikalisch aktiv und war bereits Preisträger verschiedener regionaler Musikwettbewerbe. In der Schule überzeugte er sowohl mit Sachwissen und kommunikativer Kompetenz als auch durch weitergehendes Engagement. So setzte er sich maßgeblich für die SMV, die Juniorwahl und die Schülersprecherwahl ein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung demokratischer Schulkultur. Zudem initiierte er ausgehend von Schülerwünschen eine Podiumsdiskussion zum Thema ‚Gegen rechte Gewalt‘. Seine Seminarfacharbeit über die „Die Piraten-Partei – Einfacher Hype oder echte politische Alternative?“ überzeugte seine Lehrerin und die Jury sowohl inhaltlich als auch strukturell.“

„Auch die zweiten Preisträgerinnen Patricia Kruse und Mattea Cordier überzeugten die Jury. Die Schülerinnen engagieren sich in Kirchgemeinde und Jugendparlament. Im Jugendparlament trugen sie zum Gelingen von Projekten wie einem Sommerkino oder verschiedener Benefiz-Abende bei und setzten sich für die Interessen der Jugendlichen in ihrer Stadt ein. Von besonderem politischem Interesse im Bereich der sozialen Gerechtigkeit zeugt die Seminarfacharbeit, die die beiden Schülerinnen zusammen anfertigten. Unter dem Titel „Fairer Handel bewegt – Was?!“ beschäftigten sie sich beeindruckend tiefgründig mit internationalen Handelsbeziehungen in einer globalisierten Welt. Sie untersuchten Entwicklung, Umsetzung, Zertifizierungsverfahren und Organisation des Fairen Handels.“

Im Beisein von Eltern, Lehrern, Schülern und einigen Abgeordneten des Landtags überreichte Frau Diezel die Buch- und Sachpreise, die neben der einjährigen kostenlosen Mitgliedschaft ausgelobt worden waren.

Anselm Cypionka,
Prof. Dr. Michael May
(Landesvorstand)

Verleihung des Abiturpreises der DVPB Thüringen;
von links nach rechts: Birgit Diezel (Landtagspräsidentin), Mattea Cordier (Preisträgerin), Patricia Kruse (Preisträgerin), Jörg Andreas Müller (Preisträger), Franz-Jörg Schlichting (Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung)
Foto: Landesverband Thüringen

polis_3_14_028_030_Entwurfverband_05-09.qxd 10.09.2014 14:41 Seite 30

Thüringen

Bericht zum diesjährigen Tag der Politikwissenschaft

Einer langen Tradition folgend, richtete das Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena Anfang Juni den Tag der Politikwissenschaft aus. Er stand dieses Mal unter dem Schwerpunkt Wahlen.

In Kooperation mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM), der Landeszentrale für Politische Bildung und dem Landesverband der DVPB Thüringen veranstaltete die Professur Didaktik der Politik am Vormittag des 05. Juni das politikdidaktische Symposium – eine Veranstaltung, die besonders auf die Verknüpfung politikdidaktischer Theorie mit Unterrichtspraxis zielt und auf große Resonanz stieß. Zunächst referierte Prof. Dr. Joachim Detjen (ehemals KU-Eichstätt-Ingolstadt) zu Wahlrechtsgrundsätzen und Repräsentationsprinzip. Der Vortragende grenzte eine eindimensionale auf Vermittlung finiten Wissens über beide Gegenstände zielende Institutionenkunde vom Sinnverstehen dieser Prinzipien ab. Er zeigte, dass sich letzteres am Beispiel Klassensprecherwahl alltagsnah durch Veranschaulichen und Hinterfragen demokratischer Konzepte, wie Gleichheit der Stimmen, umsetzen lasse. In einem der folgenden Workshops stellte Jana Wilkens (Kumulus e.V. Berlin) die Juniorwahl vor, welche die Simulation eines Wahlakts in Verbindung mit unterrichtlicher Vor- und Nachbereitung beinhaltet. Im Anschluss tauschten sich die Anwesenden über Fragen zur Durchführung und eigene Erfahrungen mit dem Projekt aus. Im parallel stattfindenden Workshop erarbeiteten Anselm Cypionka und Toralf Schenk (beide Studienseminar Gera und DVPB Landesvorstand), ausgehend von besorgniserregenden Ergebnissen der politischen Kultur- und Wahlforschung hinsichtlich politischen Interesses und Wahlbeteiligung, mit den Teilnehmern Möglichkeiten, Demokratielernen in Schule und Unterricht zu verwirklichen.

Am Nachmittag sprach Dr. habil. Karsten Grabow (FSU Jena) zu den Folgen der Entscheidung des BVerfG, die Sperrklausel bei Europawahlen als verfassungswidrig zu erklären. Der Abend des Tages der Politikwissenschaft galt den Absolventen aus dem vergangenen Jahr. Nach dem Grußwort von Prof Dr. Klaus Dicke (Rektor der FSU), dem Rückblick des Absolventen Raphael Kruse auf das Studium und dem Bericht des Alumnus Martin Debes über Karrieremöglichkeiten für Politikwissenschaftler, stand der Höhepunkt des Tages an. Dr. Mario Vogt (Vorsitzender des Institutsfördervereins) verlieh die Examenspreise an 17 Absolventen für deren hervorragenden Abschlussarbeiten und zeichnete eine Dissertation aus. Vor allem zu Ehren der Preisträger sprach Wilfried Lemke (Senator a. D.) in einer eindrucksvollen Festrede zu seinen Aufgaben und Prioritäten als Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden. Der anschließende Empfang, auf dem die Absolventen Urkunden zum erfolgreichen Abschluss des Studiums erhielten, rundete den Tag ab.

Benjamin Moritz, Dennis Hauk (Mitglieder im erweiterten Landesvorstand)

Brandenburg

Bildungspolitik im Fokus: Plenumsdiskussion an der Universität Potsdam

Am 14. September wurde in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Aus diesem Anlass trafen sich die bildungspolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen am 03. Juni zu einer Podiumsdiskussion an der Universität Postsdam. Organisiert wurde die Veranstaltung von Dr. Rosemarie Naumann, akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl Politische Bildung und Mitglied des Landesverbandes Brandenburg der DVPB, sowie von LehramtsstudentInnen des Faches Politische Bildung. Themen waren die Umsetzung der Inklusion sowie der Lehrermangel in Brandenburg.

Das Thema Inklusion sorgte für großen Diskussionsstoff. So kritisierten die Vertreter der Opposition, Marie Luise von Halem (GRÜNE) und Andreas Büttner (FDP), die Umsetzung des Pilotprojekts, insbesondere die Begrenzung der Pilotschulen auf den Grundschulbereich. Zudem plädierte die Opposition für multiprofessionelle Teams und eine bessere Lernmittelausstattung an den Schulen.

Büttner kritisierte die Pilotschulen als „Versuchslabore“, in denen Inklusion an Kindern als „Versuchskaninchen“ getestet werde.

Thomas Günther (SPD) entgegnete wiederholt, dass Inklusion nur kleinschrittig angegangen werden könne. Nach der Etablierung des Pilotprojektes würde in der nächsten Legislaturperiode die Personalausstattung durch die Einstellung weiterer 400 Lehrer verbessert und die Ausweitung des Projekts auf die Sekundarstufe I folgen.

Unklar blieb die Position der durch Peer Jürgens vertretenen LINKE. Obwohl die LINKE als Koalitionspartner die Umsetzung der Pilotschulen mit der SPD beschlossen hatte, grenzte sich Jürgens durch die Herausstellung des Konzepts der Gemeinschaftsschule und den Gedanken der Inklusion in allen Lebensbereichen explizit von der SPD ab.

Von Halem (GRÜNE) warf daher der LINKEN vor, sich von der SPD in Bildungsfragen „unterbuttern zu lassen“.

Neben der Neubesetzung der 3.600 durch Renteneintritt frei werdenden Stellen plant die SPD angesichts der Inklusion die Neueinstellung von 400 weiteren Lehrkräften. Büttner (FDP) forderte 1.500 zusätzliche Lehrkräfte. Jürgens (LINKE) problematisierte die personelle Ausstattung in Primarstufe und Sekundarstufe I. Diese leiden angesichts der niedrigeren Bezahlung trotz hoher Belastung an einem Attraktivitätsproblem. Von Halem (GRÜNE) kritisierte, dass trotz einer Verlängerung des Studiums für das Grundschullehramt keine Angleichung der Gehälter vorgenommen wurde und der finanziellen Ungleichbehandlung so jede Berechtigung fehle. Während Günter eine Senkung der Wochenstundenzahl von GrundschullehrerInnen um eine Stunde anregte, forderte Jürgens, die Attraktivität dieser Schulform nicht nur durch finanzielle Anreize, sondern auch durch die Angebote der Schulen zu steigern. Dies wurde von der Opposition auch als Konzept gegen den Lehrermangel im ländlichen Raum postuliert.

Die Umsetzung der Positionen nach der Wahl bleibt abzuwarten. Es ist allerdings davon ausgehen, dass die Themen Inklusion und Lehrermangel noch lange für bildungspolitischen Gesprächsstoff in Brandenburg sorgen werden.

Robert Harms, Lea Schrenk, Nora Yehia (Lehramtsstudierende an der Universität Potsdam)

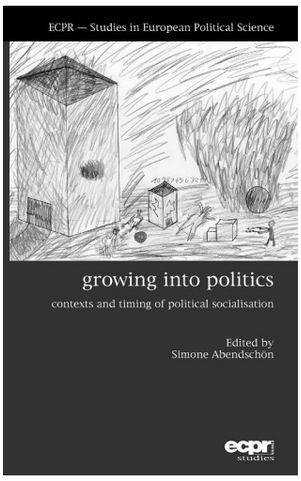
polis_3_14_032-034_033_034_2.qxd 10.09.2014 14:42 Seite 32

Rezensionen

Neue Literatur – kurz vorgestellt

Politische Sozialisation – international

Abendschön, Simone (Hrsg.): Growing into politics: contexts and timing of political socialisation. Colchester: European Consortium for Political Research (ECPR) Press. Essex UK 2013, 280 S., 45.50 Euro



Die Frage, wie, wann und unter welchen Bedingungen sich Heranwachsende politikbezogenes Wissen, Fähigkeiten, Einstellungen und Werte aneignen, steht im Mittelpunkt des Bandes *„Growing into politics: contexts and timing of political socialisation“* von Simone Abendschön (Hrsg.), ihres Zeichens Assistant Professor an der Goethe Universität Frankfurt. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse wie sinkender Wahlbeteiligung und rückläufigem Politikinteresse gewinnen diese Fragen, welche die politische Sozialisationsforschung insbesondere seit den 1960er Jahren stellt, an Bedeutung. Eine vieldiskutierte Maßnahme gegenüber sinkender Wahlbeteilung ist aktuell die Absenkung des Wahlalters. Während beispielsweise in Großbritannien und Dänemark seit Jahren intensiv darüber debattiert wird, haben andere Staaten wie Deutschland und Norwegen bereits erste Erfahrungen mit Wahlalter 16 auf kommunaler Ebene gesammelt. Das schottische Unabhängigkeitsreferendum richtet sich auch bereits an 16-Jährige, während Österreich seit 2007 nach wie vor das einzige Land in Europa bleibt, in dem eine allgemeine Wahlaltersenkung bereits Wirklichkeit ist. Mit einer möglichen Wahlaltersenkung ergeben sich neue Herausforderungen für die politische Bildung, welche Jugendliche nicht zuletzt auf den ersten Wahlentscheid vorbereiten soll.

Eine Reihe von Autor/innen gehen in Abenschöns Band analog dazu der Frage nach, welche Rolle die Schule als Agentin politischer Sozialisation spielt. Zum anderen wird die Familie, welche traditionell als zweiter Hauptkontext für den Erwerb politischer Einstellungen gilt, in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses gestellt. Darüber hinaus werden auch neuere Agenten und Kontexte politischer Sozialisation wie das Internet (Carol Galais) und Migrationserfahrungen (Ruxandra Paul) auf ihre Wirkung untersucht.

Der Beitrag von Steve Schwarzer und Eva Zeglovits setzt sich mit der Frage auseinander, wie sehr österreichische Erstwähler/innen in der Schule auf ihren ersten Wahlentscheid vorbereitet wurden. Der Großteil der befragten Schüler/innen berichtet demnach davon, dass in der Schule Aktivitäten zur Vorbereitung auf Wahlen gesetzt wurden, wenn auch deutliche Unterschiede zwischen höheren Schulen und Berufsschulen – letztere werden in Österreich von Lehrlingen besucht – bestehen.

Bernard Fournier hat in Belgien Schülerdebatten zum Thema „Wählen mit 16“ untersucht. Erforscht wurde, welche Arten von Argumenten junge Menschen bilden und wie sich Meinungen durch die Methode des politischen Diskurses ändern können. Fournier berichtet davon, dass der Großteil der belgischen Schüler/innen einer Wahlaltersenkung allerdings negativ gegenübersteht, was jedoch überwiegend mit der belgischen Wahlpflicht begründet wird.

Jugendliches bzw. kindliches Politikinteresse wird in den Beiträgen von Gema M. Garcia-Albacete und Lena Haug beleuchtet. Erstere stellt die Frage, wie sehr schulischer Politikunterricht das Interesse an Politik fördern kann und liefert dazu Einsichten über positive aber auch negative Effekte. Letztere nutzt Kinderzeichnungen als Quelle für das Studium frühkindlicher politischer Sozialisation und fördert dabei bemerkenswerte Erkenntnisse zu Tage. Ein stattlicher Teil der untersuchten Kinderzeichnungen enthielt in der Tat Bezüge zu politischen Inhalten, was von der Autorin als Beweis dafür angeführt wird, dass bereits in der frühen Kindheit ein gewisses Interesse an politischen Themen vorhanden ist. Beachtenswert erscheint, dass der immer wieder konstatierte Gender-Gap in Bezug auf Politikinteresse sich schon am Beispiel von Kinderzeichnungen zeigt: Von den Zeichnungen, die politische Themen beinhalten, stammte nur ein Viertel von Mädchen.

Die Annahme, dass politische Orientierungen nicht von heute auf morgen mit Eintritt in die Pubertät entstehen, sondern bereits im Kindesalter in Form von (prä-)politischen Einstellungen vorhanden sind, bildet auch den Ausgangspunkt für das Projekt „Learning to Live Democracy“, von dem Simone Abendschöns Beitrag berichtet. Abendschön spürt dabei der innerfamiliären Transmission von Werten nach und zeigt, dass politische Werte bereits bei Sechs- bis Achtjährigen in latenten Strukturen existieren.

Die Familie erweist sich auch Piergiorgio Corbetta, Dario Tuorto und Nicoletta Cavazza zu Folge als überaus bedeutsame Agentin politischer Sozialisation. Die genannten Forscher/innen haben einen italienischen Datensatz von Samuel Barnes und Max Kaase von 1975 mit einer selbst durchgeführten Umfrage von 2010 verglichen und dabei deutliche Übereinstimmungen zwischen den politischen Orientierungen von Eltern und Kindern festgestellt. Beachtenswert ist, dass 1975 politisches Protestverhalten von politisch links denkenden Kindern gegenüber rechts denkenden Eltern zu beobachten war, während sich für 2010 genau das umgekehrte Bild ergibt: Protest zeigt sich am Beispiel rechter Orientierungen der Kinder gegenüber linker Orientierungen der Elterngeneration.

Der Beitrag von Alexandre Blanc hingegen beschreibt die

polis_3_14_032-034_033_034_2.qxd 10.09.2014 14:42 Seite 33

Darstellungsweise der Europäischen Union in französischen, englischen, deutschen und katalanischen Schulbüchern. Dabei zeigt der Autor, dass die Geschichtsbücher der Mitgliedsstaaten divergierende Visionen zur EU beinhalten.

„Growing into politics: contexts and timing of political socialisation“ ist insgesamt ein lesenswertes Buch, welches durch die kompakte Ansammlung aktueller europäischer Forschungsergebnisse zur politischen Sozialisationsforschung zu überzeugen weiß. Die einzelnen Kapitel lesen sich zügig und bieten einen guten Einstieg in die Gesamtthematik. Folglich werden die zentralen Fragen des Fachgebietes und dessen Schlüsselwerke im Überblick dargestellt. Indem der Band vielfältige Ansätze, quantitative Designs wie auch Fallstudien abdeckt, liefert er ein Zeugnis dafür, dass vielerorts in Europa aktiv danach gestrebt wird, das Rätsel über den Einfluss der Agenten und Kontexte sowie der zeitlichen Aspekte politischer Sozialisation zu entziffern.

Andererseits stellt die hier genannte Stärke auch die Schwäche des an Seitenzahl überschaubaren Bandes dar. „Growing into politics“ wirkt leider etwas nach Belieben zusammengestellt, da es der Herausgeberin nicht gelingt, die innovativen Aspekte und die Essenz der einzelnen Beiträge in ein gemeinsames Fazit überzuführen. Die Conclusio, die üblicherweise am Schluss eines Sammelbandes erfolgt, bleibt in diesem Fall aus, die im Titel vorhandene thematische Klammer wird nicht geschlossen.

Dieser Kritikpunkt soll allerdings keineswegs die Leistungen der einzelnen Autor/innen schmälern, welche einige Ansätze liefern, wie neue Perspektiven für die politische Sozialisationsforschung gewonnen werden können. Ansätze dieser Art sollen auch befruchtend auf die Politische Bildung wirken, wenn es gilt, Herausforderungen wie die Vorbereitung der Erstwähler/innen erfolgreich zu bewältigen.

Thomas Stornig

Über 60 Jahre Bundeszentrale

Wolfgang Sander/Peter Steinbach (Hrsg.): Politische Bildung in Deutschland. Profile, Personen, Institutionen. (Schriftenreihe Band 1449) Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2014, 262 Seiten; 4,50 Euro

Auf Initiative des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung soll mit diesem Band an zwei markante Zeitpunkten aus der Geschichte bundesweiter politischer Bildung erinnert werden: Vor mehr als 60 Jahren (am 25.11.1952) wurde die (zunächst altväterlich so bezeichnete) „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gegründet und dann 1963, vor über 50 Jahren, in „Bundeszentrale für politische Bildung“ umbenannt. Entstanden ist aus dieser Anregung keine klassische Festschrift, sondern ein abwechslungsreiches Lesebuch mit aktuellen Beiträgen zum Zusammenhang zwischen zeitgeschichtlicher Entwicklung und politischer Bildung in Deutschland nach 1945.

Die beiden Herausgeber stehen für diese Verbindung von Zeitgeschichte und Fachbildung: Prof. Wolfgang Sander von der Universität Gießen als Hochschullehrer für die Didaktik der Sozialwissenschaften und der emeritierte Historiker Prof. Peter Steinbach, der gegenwärtig die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin leitet. Unter den über 20 Autoren finden sich aber dann keine weiteren Historiker oder Politikwissenschaftler, die sich mit der politischen Kultur und Geschichte Deutschlands in West und Ost fachwissenschaftlich beschäftigen, sondern ganz überwiegend Politikdidaktiker/innen aus den Hochschulen und verantwortliche Leiter/innen von Einrichtungen der praktischen politischen Bildung. Es spricht für das gute Verhältnis der staatlichen Bundeszentrale zur wissenschaftlichen Fachdidaktik und pädagogischen Fachpraxis, wenn sie die Darstellung und Deutung ihrer Geschichte diesen Kooperanden überlässt. Vermieden worden ist auf diese Weise auch eine staatstragende Selbstdarstellung in rechtfertigender Absicht, aber anderseits ist doch nicht eine kritische Problemanalyse entstanden, die die fortbestehenden Defizite und Mängel im System politischer Bildung ins Zentrum rückt.

Ausgangspunkt des Bandes ist die Prämisse, dass eine vielfältige politische Bildung „für demokratische Gemeinwesen ein unabdingbares Konstituens ist“ (so seinerzeit Kurt Gerhard Fischer). „Dass es gelungen ist, eine solche politische Bildung zu etablieren, gehört zu den Erfolgen der zweiten deutschen Demokratie. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat daran einen nicht zu unterschätzenden Anteil.“ (S. 10)

Die dreißig Beiträge verteilen sich auf fünf Teile: I. Historische Grundlagen, II. Schulische politische Bildung, III. Außerschulische politische Bildung, IV. Politische Bildung in der DDR und V. Herausforderungen und Perspektiven. Die beiden Herausgeber rahmen das Themenspektrum, indem Steinbach zu Beginn die geschichtlichen Voraussetzungen politischer Bildung instruktiv bis in ihre langfristigen demokratietheoretischen Begründungen ausleuchtet und Sander zum Abschluss ihre Zukunftsaufgaben und Entwicklungsnotwendigkeiten plastisch umreißt.

Es stellt eine Stärke des Bandes dar, dass wichtige Etappen politischer Bildung an zentralen Kontroversen lebendig gemacht werden. Allerdings ist der Band durch eine gewisse Konzentration auf Bildungskonzepte und ihre gesellschaftlichen wie politischen Kontextbedingungen gekennzeichnet. Wer an Daten und Fakten zu Entwicklung und Stand der politischen Bildung interessiert ist, wird hier nicht fündig. Er muss weiterhin auf den „Monitor politische Bildung“ von Dirk Lange (Schwalbach/Ts. 2010) und die hilfreiche Zusammenstellung „Erfolgreich.Politisch.Bilden“ von Andreas Kalina (herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2. Auflage, St. Augustin und Berlin 2014) zurückgreifen.

Man könnte noch eine Reihe weiterer Vorteile des hier vorzustellenden Bandes hervorheben. So etwa den Mut zur Personalisierung von Theorie, die den verschiedene Ansätzen und Richtungen in 12 Kurporträts wahrhaft ein Gesicht gibt. Oder die hervorragenden Experten, die für die Darstellung der außerschulischen Institutionen gewonnen worden sind (Schiele, Hufer, Beer, Wentzel, Länge, Piepenschneider und Ciupke). Wirklich in Erinnerung bleiben dem Leser die markanten Statements, die die beiden Herausgeber zu Beginn und am Ende formulieren. Steinbach arbeitet ein tragfähiges Verständnis politischer Bildung in der Demokratie als kommunikative Austragung von Wertkonflikten heraus, die nicht notwendig im Konsens münden müssen, sondern letzten Endes auch als nicht aufzulösende Gegensätze bestehen bleiben dürfen (S. 23).

In seinem Ausblick auf Zukunftsaufgaben hebt Sander neben anderen Schwerpunkten die Entwicklung von Weltbürgerschaft als erforderliche Leitidee hervor und zitiert zustimmend Schiller: „Man ist ebenso gut Zeitbürger, als man Weltbürger, Staatsbürger, Hausvater ist.“ (Über die ästhetische Erziehung des Menschen, 1793) „In diesem durchaus klassischen Sinne Identitätsangebote als Weltbürger zu unterbreiten und diese auf ihre Voraussetzungen und Implikationen hin zu reflektieren, ist im 21. Jahrhundert nach der langen Dominanz nationalkultureller Bürgerschaftsverständnisse tatsächlich (wieder) eine Aufgabe politischer Bildung.“ (S. 262)

Auch vor diesem Hintergrund hätte man sich doch einen anderen Titel für das Werk gewünscht. „Politische Bildung in Deutschland“ hieß schon die noch immer unersetzliche historische Darstellung und Quellensammlung von H.-W. Kuhn/P. Massing/W. Skuhr (1. Auflage 1989, 2. Auflage 1993). Die Lektüre des hier angezeigten, gut ausgestatteten, reichlich Literaturnachweise bietenden und leicht lesbaren Buches ist wahrlich nicht rückwärtsgewandete Selbstbespiegelung sondern anregend und empfehlenswert.

vO

Politische Berufsbildung – vergleichend

Otto Wucherer (Hrsg.): Politische Bildung an berufsbildenden Schulen. Deutschland – Österreich – Schweiz (Wiener Beiträge zur politischen Bildung 3). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2014, 144 Seiten. 14,80 Euro

Der von dem Kärntener Berufspädagogen Otto Wucherer herausgegebene Sammelband geht in komparativer Absicht der Frage nach: „Was verbindet und unterscheidet die politische Bildung im Berufsschulalltag in Deutschland, Österreich und der Schweiz?“ (Klappentext) Einen Überblick zur deutschen Situation gibt der Beitrag von Prof. Eberhard Jung von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Er plädiert für eine Arbeitnehmerorientierung des Politikunterrichts und äußert sich

polis_3_14_032-034_033_034_2.qxd 10.09.2014 14:42 Seite 34

skeptisch zum Lernfeldansatz der KMK, der vorsieht, die Bildungsgänge des dualen Systems fächerübergreifend nach beruflichen Handlungsfeldern zu strukturieren. Stattdessen votiert Jung für eine fachlich eigenständige politisch-ökonomische Bildung (S. 28/29). Der Leser hätte sich an dieser Stelle mindestens Hinweise zur alternativen Konzeption einer politischen Bildung im Rahmen der Berufsbildung gewünscht, die sich konstruktiv auf die Lernfelddidaktik einlässt, wie sie Bettina Zurstrassen jüngst ganz praxisbezogen und konkret bei der Bundeszentrale für politische Bildung vorgelegt hat (Auch das Berufliche ist politisch. Neun Bausteine für den lernfeldorientierten Unterricht. Bonn 2012).

Friedrich Ohl und Otto Wucherer charakterisieren die Lage in Österreich im Sinne einer Defizitanzeige. Die fachliche Politische Bildung sei außer in der Teilzeitberufsschule zumeist nur ein „Anhängsel an andere Gegenstände“ (Geschichte, Recht) (S. 88). Ein besonderes Manko stelle das Fehlen einer politikdidaktisch fundierten Fachlehrerausbildung dar. Auch deshalb sieht Wucherer – wie Jung für Deutschland – die Gefahr einer peripheren Stellung und eines „scheinplakativen Daseins“ (S. 79) der politischen Bildung an diesen Schulformen.

Ganz heftig fällt die Kritik des Fachdidaktikers Claudio Caduff von der Pädagogischen Hochschule Zürich für die Schweiz aus. Er sieht nur eine absolute Nebenrolle der politischen Bildung im sogenannten „Allgemeinbildenden Unterricht (ABU)“ beruflicher Bildungsgänge. Der

Politik sei neben dem Lernbereich Sprache nur einer von 8 Sachaspekten des Lernbereichs Gesellschaft gewidmet. Vor dem Hintergrund einer undefinierten bereichsdidaktischen Lehrerausbildung für den ABU (einjähriges Aufbaustudium) und eines Lehrplans, den der Autor als reformpädagogisches „Wolkenkuckucksheim“ ohne Fachlichkeit (S. 131) kennzeichnet, erhebt er den Vorwurf einer „erwünschten Wirkungslosigkeit“ (S. 138) politischer Bildung für Schüler/innen beruflicher Schulen.

Zwar ist der vergleichende Anspruch in diesem Sammelband noch nicht erfüllt und erklärtermaßen sei es bislang „nahezu unmöglich, eine einheitliche Struktur“ (S. 6) für die Länderdarstellungen zu finden, aber eine Anfang ist auf jeden Fall mit diesem Buch gemacht.

vO

Liebe Leserinnen und Leser,
haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen? Unten finden Sie die Planung für die kommenden Hefte. Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:
36100 Petersberg, Igelstück 5a, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

VORSCHAU

POLIS 4/2014
Politisch-ökonomische Bildung
(erscheint am 22.12.2014)

POLIS 1/2015
Friedenspädagogik
(erscheint am 1.4.2015)

POLIS 2/2015
Handlungsorientierung
(erscheint am 1.7.2015)

POLIS 3/2015
Nachlese zum Bundeskongress 2015
(erscheint am 1.10.2015)

POLIS
Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung
Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange (www.dvpb.de)
18. Jahrgang 2014

Leitende Redakteurin
Dr. Martina Tschirner
Igelstück 5a
36100 Petersberg
Tel.: 0661 9621133

Verlag
Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Adolf-Damaschke-Straße 10
65824 Schwalbach/Ts.
www.wochenschau-verlag.de

Redaktion
Dr. Martina Tschirner (V.i.S.d.P.)
Prof. Dr. Tim Engartner
Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer
Prof. Dr. Dirk Lange
Hans-Joachim von Olberg
Prof. Dr. Bernd Overwien
Prof. Dr. Armin Scherb
Moritz Peter Haarmann

Verantwortlich für diese Ausgabe
Dr. Martina Tschirner

Verantwortlich für die Verbandspolitische Rundschau
Moritz Peter Haarmann

Herstellung
Susanne Albrecht, Opladen

Buchbesprechungen
Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Abonnentenbetreuung
Tel.: 06196 860-65
Fax: 06196 860-60
bestellservice@wochenschau-verlag.de

Druck
Görres-Druckerei und Verlag GmbH

Erscheinungsweise
4 Hefte jährlich.

Preise
Einzelheft: 7,40 € zzgl. Versandkosten.
Standardabonnement: 24,80 € zzgl. Versandkosten.
In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise
Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2014

Anzeigenleitung
Brigitte Bell
Tel.: 06201 340279, Fax: 06201 182577
brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung
Postbank Frankfurt/M., Kto. 000 377 0608, BLZ 500 100 60, IBAN DE68 5001 0060 0003 7706 08, BIC PBNKDEFFXXX

© Wochenschau Verlag
Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis
Der Abonnentenausgabe liegt ein Prospekt des Wochenschau Verlages bei: „Die ganze Welt des Unterrichtens“

ISSN: 1433-3120, Bestell-Nr.: po3_14